Nr. 133 | Juli/August 2006

das große Boulevardmagazin aus der Flora
lässig - autonom - erlebnisorientiert

ZECK

Fußball ist nicht alles!

Welcher Sport paßt zu mir?

Mit Fitness Special

Coole News der Sport-Antifa

Bewegung in der Schanze

Reisetipps für den Aktiv-Urlaub

Vorwort

nun, da ihr dieses heft in händen haltet, geht der fußballirrsinn seinem ende entgegen. mögen die deutschtümelnden idioten an ihren fahnen ersticken!!

zu den betreibern der ponybar, bzw. des kulturhauses schulterblatt 73 haben wir ausser dem abgedruckten (seite 7) einen weiteren erhalten, der an dem laden kritik äußert und den wir aus inhaltlichen gründen nicht abgedruckt haben.

uns bleibt nur, euch und uns einen heissen sommer zu wünschen!

z.e.c.k.

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden.
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

10 Jahre Sommercamp im Wendland – 10 Jahre Gegenoffensive

Vom 22.07. bis 30.07.06 findet zum 10. Mal das Wendlandsommercamp, dieses Mal wieder in Gedelitz (2 Km von Gorleben entfernt) statt.
Menschen, Erwachsene und Kinder mit und ohne Behinderungen, die die derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse kritisch hinterfragen, werden Denkweisen und Handlungsstrategien als Möglichkeit zur persönlichen Einflussnahme diskutieren und entwickeln.
Sie nutzen diese Zeit, um Utopien zu leben. Ein Leitgedanke begleitet alle TeilnehmerInnen während des Camps: Selbstorganisation schützt vor Fremdbestimmung. Die Struktur und der Verlauf des Camps wird durch die TeilnehmerInnen vor Ort bestimmt und bietet daher allen die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen. Workshops, u.a. zu Themen wie Umwelt, Antirassismus, soziale Gerechtigkeit und Globalisierung besuchen und selbst gestalten. Programm ist, was die Menschen vor Ort entwickeln. Auch kulturell ist neben Theater, Lesungen und Bands Platz für Eigeninitiiertes.
Zur Feier des 10jährigen Jubiläums laden wir am Sonntag, 23.07.06 um 15.30 Uhr zum Kaffee trinken vor dem Brennelementezwischenlager Gorleben ein.
In der Woche vor dem eigentlichen Sommercamp findet auf dem gastgebenden Hof ein Bauaktion statt. Eventuell soll hier auch eine Solaranlage zur Warmwasserbe-reitung für das Camp aufgebaut werden. Diese könnte dann nach dem Camp auch vom Gastgeber genutzt werden, dem so ein Stück mehr Selbstbestimmung ermöglicht wird, weil sich die Abhängigkeit vom Energieversorger verringert.

Weitere Infos unter www.wendlandcamp.de

HH: Demo gegen Weltbankforum

Das Szenario, das das Hamburg Journal des NDR, trat nicht ein. Es kam nicht wie beim Weltbanktreffen 2000 in Prag zu Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei. Aber immerhin etwa 150 Leute waren auf den Beinen um am 01.06.06 ihren Unmut gegenüber der Institution Weltbank kund zu tun.
Bei der medialen Vorbereitung ließ sich die Polizei nicht lange bitten und war mit einem Großaufgebot von mehreren Hundert Beamten im Einsatz. Trotzdem verlief die Demo durch die Hamburger Innenstadt ruhig.
Am Abend zog noch eine Spontandemo durch das Schanzenviertel. Sie richtete sich gegen die Wohnungsdurchsuchungen am Abend zuvor, die sich gegen vermeintliche Ladendiebe richtete, die vor dem 1. Mai, als Superhelden verkleidet, bei einem Delikatessenhändler Waren für 1500 Euro mitnahmen ohne zu Bezahlen.
Eine zweite Durchsuchung stand im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren wegen Aktionen gegen den Hotelneubau im Schanzenpark.

Paten gesucht! Stolpersteine für St. Pauli

In Eimsbüttel, Eppendorf und anderen Hamburger Stadtteilen stolpert man bereits über sie: in das Straßenpflaster eingelassenen Steine mit Messingplatte, dessen Inschrift an die Opfer des des Nationalsozialismus erinnern soll ("Stolpersteine"). Die Namen und Deportationsdaten und -Orte der rassisch oder politisch Verfolgten bleiben somit dank der Initiative des Kölner Künstlers Günter Demnig dauerhaft erhalten.
Das St. Pauli-Archiv unterstützt diese Aktion und hat bereits durch Spenden einige Patenschaft ermöglicht, so dass seit kurzer zeit auch in St. Pauli erste Gedenksteine
(z. B. Am neuen Pferdemarkt) verlegt wurden.
Anhand verschiedener Dokumente lassen sich noch viele weitere St. PaulianerInnen nachweisen, die ab 1941 nach Minsk, Theresienstadt, Fuhlsbüttel, Neuengamme und andere Orte deportiert und dort umgebracht wurden.
Helft mit durch Spenden oder auch Patenschaft für einen Stolperstein (in Höhe von 95 Euro), dass wir uns tagtäglich der zahlreichen Opfer des Nationalsozialismus in unserer unmittelbaren Nachbarschaft bewusst bleiben - auch Teil-Patenschaften sind möglich.

Weitere Informationen zu den Stolpersteinen im St. Pauli-Archiv, Wohlwillstr. 28 oder unter www.stolpersteine.com.

antifaschistischer aktionstag



am 19. august 2006 in wunsiedel - kein rudolf-hess-gedenkmarsch in wunsiedel oder anderswo

Wunsiedel - für viele mittlerweile Synonym für den hier alljährlich geplanten Rudolf-Hess-Gedenkmarsch. 2000 AntifaschistInnen kamen im letzten Jahr zu einem Antifaschistischen Aktionstag zusammen - den Nazis war der Aufmarsch wenige Tage zuvor verboten worden. Sie irrten an diesem Tag hauptsächlich auf verschiedenen Autobahnen umher, marschierten jeweils mit einigen hundert Leuten in verschiedenen Orten, wie z.B. Nürnberg, Peine oder Berlin. Einen zentralen Rudolf-Hess-Marsch wie in den Jahren zuvor mit bis zu 4800 Alt- und Neonazis hat es im letzten Jahr nicht gegeben.
Nun rückt der Sommer wieder näher und es stellt sich die Frage, was nun ist mit Hess und Wunsiedel und den Nazis. Eins ist klar: Rudolf Hess liegt noch immer in Wunsiedel begraben, die Nazis wollen ihm dort auch in diesem Jahr gedenken und wir werden alles tun, um diesen Plan zu vereiteln. Unklarheiten gibt es indes auf rechtlicher Ebene: Das Bundesverfassungsgericht bestätigte im letzten Jahr das Verbot, gab aber zu bedenken, dass dies auf recht wackeligen Füßen stünde. Ein Hauptsacheverfahren soll nun klären, ob der Rudolf-Hess-Marsch grundsätzlich stattfinden darf - angemeldet hat ihn der Nazianwalt Jürgen Rieger bereits im Jahr 2001 vorsorglich für die darauf folgenden zehn Jahre. Solange dieses Verfahren läuft herrscht Ungewissheit - und das vor allem auf Seiten der Nazis.
Wir, die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!, werden auch in diesem Jahr einen Antifaschistischen Aktionstag mit Kundgebung und Demonstration veranstalten, sollte es einen zentralen Rudolf-Hess-Gedenkmarsch geben.
Es gibt vor Ort sowohl einen NPD-Ableger als auch die so genannte Freie Kameradschaft Wunsiedel. Diese trifft sich seit dem vergangenen Jahr regelmäßig in der Kneipe "Lokalbahn" mitten in der Stadt. Dort finden regelmäßig Konzerte statt, Vorträge werden gehalten und einmal im Monat wird zur "Braunen Nacht" geladen. Die Kontinuität der Märsche scheint ihre braunen Früchte zu tragen. Die Hess-Gedenkmärsche besaßen in den Jahren 2001 bis 2004 Eventcharakter und stifteten international und spektrenübergreifend nationalsozialistische Identität.
Es ist die Person Rudolf Hess, an der das Gedenken der Nazis anknüpft. Rudolf Hess wurde in den Nürnberger Prozessen als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt und beging im Militärgefängnis Berlin-Spandau 1987 Selbstmord. Als Stellvertreter von Adolf Hitler und als angeblicher

Friedensflieger, steht die Figur Rudolf Hess für die abstrusesten nationalsozialistischen Mythen und Träume vom "guten" Nationalsozialismus.

frühling, sommer, herbst und nazis

Nicht nur der Rudolf-Hess-Marsch ist ein festes Datum im Terminkalender der Alt- und Neonazis. Die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! richtet sich darüber hinaus gegen weitere jährlich wiederkehrende Anlässe, an denen Nazis versuchen Großaufmärsche zu etablieren oder nationalsozialistisches Gedenken zu zelebrieren.

In **Dresden** ziehen seit 1998 jedes Jahr im Februar Neonazis durch die Stadt. Anlass ist die Bombardierung durch die Alliierten. Hier wird ein Opfermythos gefeiert, mit dem die Deutschen als Opfer des Krieges dargestellt werden. Die Toten des Bombardements werden aufgerechnet gegen die Toten der nationalsozialistischen Vernichtung. Damit sollen die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert werden.

In' lädt der Kreis der Gebirgsjäger alljährlich zum Pfingsttreffen ein. Am Ehrenmal der Gebirgsjäger wird der eigenen Toten aus dem Zweiten Weltkrieg gedacht. Dabei werden Verbrechen von Teilen der Gebirgsjäger im Nationalsozialismus verschwiegen und Verbindungen wie solche zur SS geleugnet. Besonders deutlich wird in Mittenwald, welche Kontinuitäten noch immer zwischen dem Nationalsozialismus und der heutigen Gesellschaft existieren.

In **Halbe** versuchen Neonazis seit Jahren im November zum Volkstrauertag ihrer angeblichen Helden zu gedenken. Auf dem größten Soldatenfriedhof in Deutschland sind etwa 22.000 Wehrmachtssoldaten und Angehörige der Waffen-SS begraben, die im Frühjahr 1945 bei einer der letzten Kesselschlachten des Zweiten Weltkrieges starben. Unter dem Motto "Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten" werden sie von den Nazis zu Helden stilisiert.

Diese Ereignisse stehen beispielhaft für die Verherrlichung des Nationalsozialismus, für die Verdrehung und Relativierung der deutschen Geschichte. Die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! hat es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur den Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel zu thematisieren, sondern die Verbindungen zwischen diesen Ereignissen aufzuzeigen. Neben inhaltlichen Parallelen, ist es die Gemeinsamkeit des Großereignisses, durch die eine nationalsozialistische Erlebniswelt mit einer besonderen Anziehungskraft geschaffen werden soll.

Dem stellen wir uns entgegen - egal ob im Frühjahr, Sommer, Herbst oder Winter!

- 19. august 2006 antifascist actionday mit kundgebung und demonstration ab 9 Uhr, platz vor dem gymnasium, wunsiedel infos unter: http://www.ns-verherrlichung-stoppen.tk, email: info@ns-verherrlichung-stoppen.tk

Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!

Ihr könnt Euch Neuigkeiten auf dieser Seite auch per Mail zuschicken lassen. Schreibt einfach eine Email an: newsletter@ns-verherrlichung-stoppen.tk



Proteste gegen Studiengebühren in Hamburg

800 Studierende protestierten in Hamburg mit einer Demonstration gegen die erste Lesung des "Studienfinanzierungsgesetzes" in der Hamburgischen Bürgerschaft.
Nach der Demonstration kam es im Hauptbahnhof zu einer WM-Übung der Polizei und ca. 100 Studierende durften den extra zur WM gebauten angeblichen "Hooligan-Knast" an der Stresemannstraße eröffnen.
Die Demo verlief vergleichsweise ruhig, obwohl die Polizeipräsenz im Umkreis der Demo ständig anwuchs. Die Bannmeile um das Rathaus war mit Absperrgittern und Wasserwerfern gesichert. Der weitere Weg führte durch die Mönckebergstraße zum Hauptbahnhof, wo die Demo mit Redebeiträgen und kurzen Terminhinweisen beendet wurde. Im Rathaus wurde die Sitzung der Bürgerschaft kurz unterbrochen, damit Studierende, die mit Zwischenrufen in die Debatte eingriffen, entfernt werden konnten.

Aber ganz umsonst sollte sich das übertriebene Polizeiaufgebot nicht auf die Straße begeben haben. Eine halbe Stunde nach Ende der Demo wurde die Polizei zum Hauptbahnhof gerufen. Studierende waren unterwegs und riefen Parolen. Je nach Bericht wurden dabei auch Gleise oder nur Bahnsteige blockiert. Die Beamten ließen sich nicht lange bitten und machten sich mit einen Großaufgebot auf den Weg. Schließlich bot sich die Chance noch einmal mit "richtigen Störern" das WM-Szenario Hauptbahnhof zu üben. Auf einem Bahngleis wurden potentielle Studierende eingekesselt und fast der gesamte Nordsteg gesperrt. Auf dem nun von störenden Passanten freien Nordsteg konnte sich die Polizei frei bewegen und problemlos, notfalls mit Gewalt, die Eingekesselten einzeln vor dem Bahnhof führen.
Dort wurden sie in zwei HVV-Busse verfrachtet und zur neuen zentralen Gewahrsamsstelle in die Stresemannstraße gefahren.

Vier Etagen hoch Kultur

Erklärung der Roten Flora zu Kommerzkultur im Schanzenviertel

I. Was der Schanze scheinbar bis heute gefehlt hat liegt laut Presse auf der Hand: Kultur.

Diese öde Brachlandschaft zwischen Altona, St. Pauli und Eimsbüttel, in der sich nicht mal die Kaffeesatzleserei aus den Restbestälnden des überteuerten Macciato wirklich als kulturelle Glanzleistung verkaufen lässt, bekommt jetzt das, was schon so lange vermisst wurde. Jetzt wird endlich alles ganz anders, jetzt erhält auch die Schanze schnuckelige Tanztees für Senioren, Schneider-Kurse, Familienbrunches mit Live-Musik und, nicht zu vergessen, auch das langvermisste autogene Training.
Wir sollten selbstverständlich auch nicht verschweigen, dass uns das kommende "Kultur-Haus 73" im Schulterblatt 73 zudem angesagte Jazz-Sessions, lesungen, Comedy, Vorträge (über was auch immer), Theater, Koinzerte und - jetzt haltet euch fest, tätä - ...Fußball auf Videoleinwänden verspricht. Endlich Kultur!

Zumindest waren sich Hamburger Morgenpost und das Springer'sche Abendblatt in ihren Ausgaben vom 22. und 23.02.2006 darin einig, dass sich mit einem neuen Bar- und Gastronomieprojekt der Pferdestall Kultur GmbH im derzeit leerstehenden Gebäude Schulterblatt 73 neben der Roten Flora der Traum eines "vorzeigbaren" Stadtteilkulturprojekts im Schanzenviertel endlich realisiere. Während das Abendblatt unter der Überschrift "Eine Chance für die Schanze" (wir erinnern uns, dass dieser Slogan schon im Rahmen der Drogendiskussion hoch im Kurs stand) über ein vorgebliches Kulturprojekt fabuliert, das sich der Aufgabe verschrieben habe, das Viertel kulturell zu beleben, ist die Mopo schon einen Schritt weiter und sieht den Geschäftsführer Falk Hocquél mit seinem Projekt bereits auf der Siegerstraße.
Tatsächlich dürfte mit dem Projekt der Pferdestell Kultur GmbH der Umbau des Schanzenviertels zur Partymeile und zum lukrativen Standort kommzerieller Bar- und Vergnügungslocations einen großen Schritt vorangekommen sein. Nachdem mit dem Piazza-Projekt 2001 der Startschuss gegeben wurde, werden pünktlich zur WM ("Fußball auf Videoleinwänden"...) laut Abendblatt nun endgültig die Zeiten vorbei sein, "in denen rund um das Schulterblatt vor allem protestiert und nicht konzumiert wurde". Besser lässt sich vermutlich die Stoßrichtung der neuen Projektidee nicht auf den Punkt bringen.

Es entspricht dem Niveau der Stadtentwicklungspolitik unter der Verantwortung der STEG seit 1989, wenn die Eröffnung eines kommerziellen Gastronomiebetriebes unter dem Etikett "Kulturhaus" ein Beitrag zur Stadtteilkultur darstellen soll. Es entspricht aber auch dem deprimierenden Stand des öffentlichen Bewusstseins in diesem Stadtteil, wenn von keiner Seite Kritik am offensichtlichen Etikettenschwindel des Pferdestall Kultur GmbH - Projektes formuliert wird.

II. STEG
steht Pate aus guter Tradition

Man kann der STEG in diesem Zusammenhang nicht vorwerfen, dass sie ihrer politischen Linie nicht treu geblieben wäre. Die angebliche "behutsame Stadterneuerung", die die STEG als offizieller Sanierungsträger der Stadt Hamburg seit ihrer Gründung 1989 umsetzen will, hat sich im wesentlichen als geräuschloser Umbau des Scchanzenviertels vom alternativen Szenestadtteil Ende der 80er Jahre hin zum In-Quartier mit Modeboutiquen, Bars, hochpreisigen Altbauwohnungen und mittlerweile auch trendigen Eigentumswohnungen erwiesen. Die in diesem Kontext formal propagierte Betroffenenbeteiligung hat sich in "Runden Tischen" und Beteiligungsverfahren erschöpft, die im wesentlichen andernorts längst verabschiedete (standort-)politische Entscheidungen abnicken durfte. Die STEG hat es dabei konsequent verstanden, sich aus allen städtebaulichen Konflikten der letzten Jahre herauszuhalten, in dem sie sich auf eine unpolitische Moderation von Konflikten beschränkt hat (zuletzt Fixsternschließung und Wasserturmumbau). Wichtigstes Ziel der STEG war es dabei vor allem tunlichst nicht in Widerspruch zu Senats- und Bezirkspolitik bzw. irgendwelchen Investoreninteressen zu gelangen.

III. Studentische Start-Up - vom Campus in die Schanze !?

Es darf nicht verwundern, wenn laut Abendblatt Julia Dettmer von der STEG als Fürsprecherin der Pferdestall Kultur GmbH auftritt. Das Gebaren der GmbH ist mehr als merkwürdig. Eigentlich sollte die Pferdestall Kultur GmbH, die aus einem gemeinnützigen Verein an der Uni hervorgegangen ist, den Universitätscampus mit studentischer Kultur in enger Kooperation mit dem Asta-Kulturreferat beleben. Daher betrieb sie u.a. die Ponybar neben dem Abatonkino. Allein aus diesem Grund ist ihrerseits die Universitätsmarketing GmbH Gesellschafterin der Pferdestall Kultur GmbH. Mittlerweile hat sich die Pferdestall Kultur GmbH die Bewirtschaftung des Audimax mit seinen "Hipevents" als eigenes Monopol unter den Nagel gerissen und setzt sich damit in direkte Konkurrenz zu den kleineren, selbstorganisierten studentischen Cafes an der Uni. Das hochangepriesene Kulturangebot der Ponybar erschöpft sich heute in gemeinsam Tatort und Bundesliga schauen, 3-Fragezeichen hören und hippen DJ's.
Schon mit der Eröffnung der Galerie "14 Dioptrien" und der Beteiligung an der Astra-Stube im Januar diesen Jahres durch die Pferdestall Kultur GmbH hat diese den Uni-Campus verlassen. Wenn jetzt unter der Regie des Geschäftsführers Falk Hocquél in Nachbarschaft der Flora die GmbH ein weiteres kommerzielles Projekt realisiert, darf man fragen, aus welchen studentischen Mitteln sich hier eigentlich wer privat bereichert.
Die PR-Strategie zur Durchsetzung der Pläne, zu deren kritiklose Vollstrecker sich neben Abendblatt und Mopo mittlerweile auch die TAZ und Szene Hamburg gemacht haben, funktioniert nach einem relativ durchschaubaren Muster.
Einfalls- und wahllos werden Angebote für Kinder, Familien und RentnerInnen als Profil behauptet, als ob irgend jemand ernsthaft glauben würde, dass es im Schulterblatt 73 außer ein paar anfänglichen Alibiveranstaltungen regelmäßig Seniorentanztees, Familienbrunches oder stadtteilorientierte Angebote für Kinder und Jugendliche geben wird. Statt dessen glauben wir ohne weiteres an bis zu 10 Veranstaltungen pro Woche, diese werden sich jedoch vielmehr an ein kommerzielles Ausgehpublikum wenden.

Die Konstellation erinnert an ehemalige Versprechungen im Rahmen des "Schlachthof"-Projektes Mitte der 90er Jahre an der Feldstraße. Auch damals tönte es von Seiten der STEG, dort entstehe ein Stadtteilkulturzentrum fürs Karoviertel: Am Ende ist es eine schlecht laufende Konzertabspielstätte geworden, nachdem die STEG systematisch alle stadtteilorientierten Initiativen abgewimmelt hatte.
Wenn in der öffentlichen Meinung Kultur jetzt also auch nur noch unter rein kommerziellen Interessen ihren Platz hat und auch in der Vermittlung von Kultur die Ökonomisierung mehr und mehr Einzug hält, dann wird einer zunehmenden Verblödung

Tür und Tor geöffnet. Dann wird endlich nicht mehr protestiert, sondern nur noch stumpf konsumiert. Herzlichen Glückwunsch.

IV. Der Niedergang nichtkommerzieller Stadtteilkultur

Fraglos ist die aktuelle Entwicklung im Schanzenviertel lediglich die konsequente Fortsetzung der Ökonomosierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Geradezu modellhaft treffen einerseits der ökonomisierte Stadtteil Schanze, andererseits eine nach gesellschaftlicher Verwertung ausgerichtetes universitäres Studierendenmilieu und dazu ein von Junkies, Dealern und Obdachlosen fast vollständig gesäuberter Erlebnisraum ("In-Quartier" Schanzenviertel) hier aufeinander.

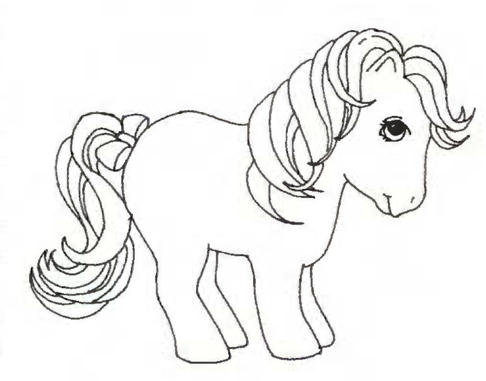
Im sozialen und kulturellen Bereich werden Leistungen, bzw. Angebote mehr und mehr an die Prinzipien kapitalisitischer Verwertung geknüpft: Nur wer die nötigen finanziellen Mittel aufbringen kann, erhält darauf Zugriff.
Forderung nach gleichem Recht der Teilhabe am öffentlichen Leben, Vorstellungen von Chancengleichheit und Gleichberechtigung in der Gesellschaft gelten für die, die es sich leisten können. Damit einhergehend ist die Ersetzung fachkompetenter staatlich garantierter Angebote durch rigide Mittelkürzungen (Mädchentreff, Dolle Deerns, Aizan, Dauspielplatz, Palette) und dem Verweis auf dann politisch gewollte "ehrenamtliche" Sozial- und Kulturarbeit.
Mit einem "Kulturprojekt" wie im Schulterblatt 73 geplant, beginnt dann der Einstieg in den Ausstieg aus einer gemeinwesenorientierten Stadtteilkultur. Wenn das sogenannte "Kulturhaus 73" jedenfalls weiterhin unwidersprochen als Beitrag zur "Stadtteilkultur" angesehen wird, dann ist das der Niedergang eines Begriffs, der noch hinter das zurück fällt, was selbst in den Augen der Hamburger Kulturbehörde zu den Mindeststandards von Stadtteilkultur gehört.

V. Eine Zukunft wird Gegenwart

Parallel zur Diskussion um die "innere Sicherheit" und die Drogenszene rückte das Schanzenviertel auch durch verstärkt vorangetriebene Umstrukturierungs- und Aufwertungspläne ins Blickfeld des öffentlichen Interesses. Mit fortschreitender Etablierung der neuen Medien im Stadtteil und im Hinblick auf die Messeerweiterung wird im internationalen Standortwettbewerb auf ein attraktives Ausgehangebot für gehobene Einkommensklassen gesetzt, weiche Standortfaktoren gewinnen zunehmend an Bedeutung. Das Schulterblatt is um eine schicke Piazza (die übrigens zu einem Drittel privatisiert ist und unter dem Hausrecht der jeweiligen Kneipenbesitzer steht) bereichert. Der Fixstern ist geschlossen worden, da in einer Vergnügungsmeile für eine Drogenhilfeeinrichtung nun mal kein Platz ist (was die STEG vormals ebenfalls anders proklamierte: Verlegung des Fixsterns in die Lagerstraße).
Keine Einkaufsstraße, kein Eventraum ohne Kamerias und Sicherheitsdienste. Soziale und rassistische Zugehörigkeitskriterien bestimmmen immer umfassender auch die Zugänglichkeit im wörtlichen Sinne und die Bewegungsspielräume der Einzelnen. Die Debatte um die Kameraüberwachung auf der Reeperbahn zeigt, wohin die Reise auch im Schanzenviertel gehen wird.
Hier wird wiederum eine Folge des Aufwertungsprozesses deutlich. Die Bemühungen das Schanzenviertel adrett aufzupolieren, beruhen schon jetzt auf massiver Ausgrenzung. Wer nicht mehr ins Bild eines attraktiven Vergnügungs- und Konsumviertels Schanze passt, muss weg. Vor allem Obdachlose, DrogenkonsumentInnen und -händlerInnen, sowie Menschen mit schwarzer Hautfarbe, die pauschal zu kriminellen Dealern erklärt wurden, sind ja bis auf einen folkloristischen Restbestand erfolgreich entsorgt worden: durch Schikanen, rassistische Polizeikontrollen, Festnahmken, Verfolgungsjagden und Platzverweise ion den letzten Jahren.
Langfristig werden aber auch alle, die sich die proportional steigenden Mieten - eine Folge des gar nicht mehr so schleichenden Aufwertungsprozesses - nicht mehr leisten können, aus dem Schanzenviertel und anderen innenstadtnahen Bereichen verdrängt. Auch jene, deren Mietverhältnisse auslaufen und die ihre Wohnung zum Kauf angeboten bekommen, jedoch über zu wenig Kapital verfügen, werden diese Quartiere verlassen müssen. Und selbst zum Teil die, die die Umstrukturierungsmaßnahmen zur Aufwertung des Viertels noch bejubelt haben, stehen heute vor dem Problem aufgrund der steigenden Mieten ihre Koffer packen zu müssen. Diejenigen die zu wenig Geld auf der Tasche haben und nicht mithalten können, sind an diesem Ort auch nicht mehr erwünscht.

Macht ja nichts, denn in der Schanze wird ja nun endlich nicht mehr protestiert sondern konsumiert.

Plenum der Roten Flora, Mai 2006



Aus der Post:

Hamburg, 01.06.06 an die rote Flora

Hallo Ihr Lieben, wir beziehen uns auf den Artikel der Morgenpost, der heutigen Ausgabe.
Anbei füge ich eine Kopie, die wir als Gastronomen im Grindel vor etwa zwei Monaten erhalten haben. Wer sich genau hinter der Grindel-Gastronomie versteckt, ist uns nicht bekannt, aber wie ihr diesem Artikel sicherlich entnehmen könnt, schlagen auch hier die Wellen sehr hoch. Vielleicht könnt ihr diese Zeilen zum Anlass nehmen, ein bißchen nachzuforschen.
Hinzu kommt, dass zu Beginn der Pferdestalleröffnung eine Dame, die auf dem Campus ein Café betrieben hat, erzählte, dass Falk sich im ganz großen Stil bei der ASTA die Taschen voll gemacht haben soll.
Ferner wurde uns von Mitgliedern der Grünen erzählt, dass zur Zeit der Mitgliedschaft von Falk bei dieser Partei, Unregelmäßigkeiten bezüglich der Parteikasse auftauchten. Selbstverständlich war der o.g. zu dieser Zeit für die Finanzen der Grünen zuständig. Es handelte sich hierbei wohl um vierstellige Beträge.
Abschließend bleibt zu erwähnen, dass zur Zeit der Eröffnung des Pferdestalls mehrere Artikel in der Tagespresse erschienene, die Falk im mildesten Fall unlauteren Wettbewerb vorgeworfen haben. Laut der Aussage von Falk, musste ein Journalist der Mopo seinen Hut nehmen.
Es ist schon bedenklich, dass von vielen Seiten der Vorwurf von Geld Veruntreuung, unlauterem Wettbewerb etc. kommt und nichts passiert.
Wir als kleine Gastronomen haben keine Möglichkeit, etwas zu unternehmen, aber ihr als Rote Flora habt auf Grund eures Forums die Chance, etwas zu bewegen. Wir werden diese beiden Artikel auch an den Mopo-Journalisten weiterleiten, dessen Artikel heute veröffentlicht wurde.
Bitte habt Verständnis, wenn wir erstmal anonym bleiben möchten, wir werden uns die nächsten Tage noch einmal telefonisch melden.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Univiertel

Antifa reloaded:

In dieser Ausgabe ein ausführlicher Artikel über den Nazi Laden in der Talstraße und ein weiteres Sammelbildchen von einem Nazi-Kader. Die NPD Kundgebung in Eimsbush sollte sicherlich auch noch mal Thema sein, vielleicht ja in der näxten ZECKe. Nur so viel dazu: 60 Nazis & 1200 Bullen plus 8 WaWe`s alles konzentriert in einem Kreuzungsbereich...
Rotzalledem wurde der UBahn-Waggon der Nazis in der Lutterothstraße angegriffen! Schönes Ding! Mehr davon.

Eure Redaktion Antifa reloaded aka autonome Antifas

Ach so: Trotz WM nicht vergessen: Deutschland verrecke!

KEINE HOMEZONE FÜR NAZIS

Nachdem der Naziladen "Odin und Freya" in der Talstrasse 17 in Hamburg St. Pauli, aufgrund der Vielzahl der AnwohnerInnenbeschwerden, zum 30.09.06 dichtmachen muss, sehen wir die Notwendigkeit die bisher gelaufenen antifaschistischen Proteste, sowie die Entwicklung des Naziladens und dessen Betreibers Volker Fuchs, nocheinmal zu betrachten. Wir gehen davon aus, dass Volker Fuchs weiterhin versuchen wird einen Laden im ähnlichen Stil wiederzueröffnen und sind bestrebt, diesem unseren konsequenten Widerstand entgegenzusetzen. Ein Rückblick auf bisher gelaufene Aktionen kann uns helfen, aus diesen zu lernen und an erfolgreiche Proteste anzuknüpfen bzw. neuen Widerstandsformen zu entwikkeln.

it`s just the beginning!

Als im Mai 2005 der, damals noch unter dem Namen "elite style" laufende Laden in der Talstrasse 17 eröffnete, wurde schnell deutlich, dass dies kein stinknormales Klamottengeschäft sein kann. Ein unübersehbares Sortiment an Produkten der, aus der Naziszene stammenden, Bekleidungsmarke "Thor Steinar" und diverser anderer Marken für die hauptsächlich extrem rechte Hooliganszene, liessen darauf schliessen, dass hier eine Vertriebsstruktur für die extreme Rechte entstehen soll. Der Versuch die Produkte aus der Naziszene über deren interne Verkaufsstrukturen hinaus, einer breiteren Masse, z.B. in Form von Läden, zugänglich zu machen und so einen weiteren Absatzmarkt zu schaffen, war auch in Hamburg nicht neu. Diese selbstgewollte Öffentlichkeit, bringt oftmals nicht nur finanzielle Vorteile, sondern bietet darüber hinaus auch einen festen Anlaufpunkt, der durchaus in der Lage ist, die Einstiegsschwelle in die Naziszene zu verringern. Dann braucht es nicht mehr nur die, für Aussenstehende, oftmals undurchsichtigen Informationskanäle um an einer Veranstaltung der Naziszene teilnehmen zu können, sondern die neueste Rechtsrock CD kann gleich mal angehört oder der erste Besuch einer Feier bzw. Veranstaltung nach dem Kauf geplant werden. Gleichzeitig ist diese Struktur, gerade aufgrund des öffentlichen Auftretens, aber auch angreifbarer. So haben es AntifaschistInnen in Hamburg immer wieder geschafft durch eingeworfene Schaufensterscheiben und Öffentlichkeitsarbeit neueröffnete Naziläden, schon in der Anfangszeit zum baldigen schliessen zu bewegen. Auch die Eröffnung des Geschäfts in der Talstrasse hat schnell antifaschistischen Protest hervorgerufen.

Ein von über 190 unterstützenden Initiativen getragenes Bündnis, in dem neben autonomen Antifagruppen, auch eine Vielzahl von Geschäften und Kneipen, sowie St. Pauli Faninitiativen vertreten waren, organisierte eine erste Demo in St. Pauli, an der ca. 2000 Menschen teilnahmen. Begleitet von einer großen Öffentlichkeitsarbeit, die selbst in den bürgerlichen Medien auf viel Resonanz stieß, konnte der Naziladen erstmals ins öffentliche Interesse gebracht werden. Doch schon kurz nach diesem ersten Erfolg fand das Bündnis nicht mehr zusammen. Vielmehr ist eine Situation eingetreten, die einzelne Unterstützerinnen des Bündnisses in eine konkrete Bedrohungssituation gebracht hat. Um den Besitzer Volker Fuchs hat sich schon kurz nach der Eröffnung des Ladens ein gewaltbereites Unterstützerumfeld, aus Nazis, Hooligans und Rockern, gebildet, das einige öffentlich aufgetretene Demounterstützerinnen massiv bedrohte und einschüchtern wollte. Immer wieder kam es vor dem Laden auch zu Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen und häufig wurden und werden Menschen die Volker Fuchs als Linke ausmacht, von ihm massiv bepöbelt und bedroht. Nicht nur damit ist eine, zumindest für die AnwohnerInnen St. Pauli`s nicht gekannte Situation eingetreten, auch wir, als autonome AntifaschistInnen, sahen uns mit neuen Problemen konfrontiert. Welche Möglichkeiten gibt es die BündnispartnerInnen vor diesem Umfeld zu schützen bzw. bei konkreten Bedrohungssituationen zu unterstützen? Und wie schätzen wir die Überschneidungen der Rocker-, Nazi- und Hooliganszene ein? Zumindest für Hamburg sind dies keine alltäglichen Entwicklungen.

Aufgrund der faktischen Auflösung des Bündnisses und dem totalen Rückzug einzelner Initiativen liessen sich hier leider keine fruchtbaren Ergebnisse erzielen. Als Zusammenhang autonomer Antifagruppen wurde aber weiterhin daran gearbeitet, den Naziladen dichtzumachen.

Indes wurde das Sortiment in dem zwischenzeitlich in "Odin und Freya" umbenannten Laden erweitert. Neben den bereits erwähnten Bekleidungsstücken, finden sich mittlerweile diverse Wikingerdevotionalien sowie Artikel der Rockergruppe "Hells Angels". Dies und die Tatsache, dass sich nach und während einzelner Fußballspiele öfter größere Gruppen rechter Hooligans vor dem Naziladen aufhalten, macht deutlich, dass hier ein Zusammenwirken der Nazi-, Rocker- und Hooliganszene zu verzeichnen ist. Dass dies zu einer verschärften Situation auf St. Pauli führen kann, machten die Übergriffe und Provokationen extrem rechter Hooligans nach dem Spiel FC St. Pauli gegen Chemnitz deutlich. Sehr zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang die antifaschistische Selbsthilfe vieler St. Pauli Fans und der eindeutige Platzverweis gegenüber Volker Fuchs und vier Mitstreitern auf dem Hafengeburtstag.

Schwerer einsehbar ist hingegen die Rolle der Rockerszene. Inwieweit diese im Laden mitwirken oder die Person Volker Fuchs unterstützen, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau sagen. Fakt ist, dass sie an konkreten Bedrohungssituationen beteiligt waren und den Naziladen als Verkaufsstelle nutzen. Anhand der Erfahrungen aus anderen Städten ist aber davon auszugehen, dass die Gruppen mehr oder weniger weitgehend voneinander getrennt bleiben und die Zusammenarbeit sich tatsächlich auf rein finanzielle bzw. territoriale Vorherrschaften stützt. Ob das für Hamburg ebenso zutrifft, bedarf aber noch genauerer Informationen.

Unabhängig von diesen Entwicklungen, zeigt er nach aussen aber immer stärkere Verbindungen in die organisierte Naziszene. Gab er sich kurz nach der Eröffnung noch betont "unpolitisch", sieht er mittlerweile wohl selbst ein, dass ihm dieses Theater nie jemand abgekauft hat. Am 07.05.06 nahmen er und 50 weitere Nazis aus dem Umfeld des verbotenen "Hamburger Sturm" und der "NPD", an einer Veranstaltung der extrem rechten Schülerverbindung "Chattia Friedberg" in Hamburg teil. Anlass hier war der folgende 08. Mai, der von den Nazis als Tag der Niederlage gesehen wird. Nur

einen Monat später war an der NPD-Kundgebung in Eimsbüttel anwesend. Auch das erweiterte Warensortiment des Ladens spiegelt diese Entwicklung wieder. So verkauft er mittlerweile nicht nur Rechtsrock CD`s, sondern auch eindeutig den Nationalsozialismus verherrlichende T-Shirt`s.

Um diesem Treiben aber nicht tatenlos zuzusehen, haben sich autonome Antifas, gruppenübergreifend zusammengeschlossen und ab Mai 2006, ein Jahr nach der Eröffnung, verschiedene Veranstaltungen und Aktivitäten durchgeführt. Um die Überschneidungen der Rocker,- Nazi- und Hooliganszene näher zu beleuchten wurde eine sehr gut besuchte Veranstaltung mit einem Vertreter des "Antifaschitischen Pressearchivs und Bildungszentrum" aus Berlin in der Roten Flora durchgeführt. Am 08.05. gab es erstmals seit langer Zeit eine eigenständige Antifademo in Hamburg, die über die historische Bedeutung dieses Datums hinaus, einen Bezug zu aktuellen Aktivitäten der Naziszene hergestellt hat und am Naziladen in der Talstrasse ihren Abschluss fand. Um den öffentlichen Druck zu erhöhen und die Person Volker Fuchs noch mehr ins Bewusstsein zu rufen, wurden im Juni in St. Pauli-Nord Antifaplakate mit seinem Konterfei verklebt, die hoffentlich dazu beitragen können, dass er sich gar nicht mehr aus seiner Bude herausbewegen will. Ein Solikonzert in der Flora konnte auch finanzielle und öffentliche Unterstützung garantieren, dafür noch mal ein dickes Dankeschön an alle Beteiligten.
In diesem Sinne: Macht mit, macht`s nach, macht`s besser und lasst euch nicht erwischen!

We will rock you! - Naziladen "Odin und Freya" dichtmachen - überall

KADER ON THE SPOT:

Thorsten De Vries

De Vries kommt ursprünglich aus Wilhelmshaven, wo er schon 1992 im inzwischen verbotenen "Deutschen Kameradschaftsbundes" aktiv war, lebt aber schon seit etlichen Jahren in Hamburg. Er gehört zum Führungszirkel der sog. "Freien Nationalisten" in Norddeutschland und ist einer Zusammenarbeit mit der NPD nicht abgeneigt. Auch bei Nazi-Aufmärschen ist er aktiv zwar nicht als Anmelder, aber häufiger mal als Redner(Zu letzt: 20.5 Harburg NPD Kundgebung), er übernimmt auch Ordneraufgaben oder betreut den Lautsprecherwagen wie am 30. Juli 2005 beim Aufmarsch in Wandsbek und Hamm/Westfalen. Auch ist er öfter auf dem Kiez anzutreffen. Er wurde dabei beobachtet, wie er den Naziladen in der Talstraße aufgeschlossen hat und außerdem besucht er mit dessen Betreiber Volker Fuchs häufiger HSV-Spiele.
Am 7. Mai traten die beiden bei einer Nazi-Saalveranstaltung in Stellingen als Duo auf. Sie waren mit die ersten Neonazis, die aus dem Lokal "Ratskeller" kamen, in dem die Veranstaltung stattfand. De Vries versuchte sich dabei als Kameramann.
Also, jetzt wo klar ist das Volker Fuchs ein Nazi ist, sollte auch auf de De Vries ein Auge geworfen werden. Hier ergibt sich die Verbindung zwischen organisierten Nazi-Strukturen und dem Laden "Odin & Freya" in der Talstraße!



Sammelbildchen Nr.2: Harburg 20.05.06
NPD Kundgebung, daneben Anja Zysk, NPD Vorsitzende (siehe letzte Zeck)

Nazidemo und Proteste am 08.06.2006 in Eimsbüttel





Im Kreis Pinneberg und vor allem in Pinneberg kommt es vermehrt zu Aktiväten von Neonazis ...

...was nicht nur durch das Verteilen von Propaganda Material an zu meist Jugendliche beinhaltet, sondern auch gewaltsame Übergriffe von Neonazis auf alle, die nicht in das Bild der Nazis passen.
So wurde Ende Februar 2005 ein Jugendlicher von einem rechten Skinhead ins Gesicht geschlagen und als Zecke und rote Sau beschimpft.
Im Mai 2005 wurde ein Mädchen im Fahltskamp als Juden- und Zeckensau beschimpft. Sie konnte aber rechtzeitig zu einer grösseren Menge Menschen laufen.
Ende Juli 2005 kam es am Bhf. Thesdorf zu Beschimpfungen von Immigranten_Innen und handfester Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Jugendlichen.
Anfang Januar 2006 wurde ein linker Jugendlicher in der S-Bahn von Elbgaustr. nach Pinneberg von acht Neonazis bedroht und auf dem Bhf. Pinneberg durch eine Bierflasche am Kopf verletzt. Ein Teil der Neonazis war mit Totschlägern bewaffnet und fuhr zum Teil weiter in Richtung Neumünster.

Dies ist eine Auflistung, die uns bekannt ist, leider können wir nicht ausschliessen, dass es noch mehr gab.
Was jetzt auffällt ist, dass sich in der Nazi Kneipe "Odins Pinte" die jetzt einen neuen Namen und Besitzer hat an der Elmshornerstr. 15 (jetzt heisst sie Sport-Klause und macht auf Sport und HSV) die gleichen Leute treffen wie früher.
Weiter wird im Stadtbild das tragen von Thor-Steinar, 8H Klamotten usw. immer öfters gesehen und fast jedes Wochenende werden von Nazis Aufkleber und Plakate verklebt. Besonders auffällig ist der Versuch an der Berufschule und dem Gymnasium Fuss zu fassen. Was wohl leider auch gelungen ist, da Mensch dort auch immer häufiger Thor-Steinar Klamotten etc. sehen kann.
Leider gibt es in Pinneberg kein unabhängiges Jugendzentrum und so ist es sehr schwer in einer Gegend wo das Bild von Neonazis geprägt ist und Rassismus vom Staat getragen wird und an der Tagesordnung ist, eine andere Perspektive zu bieten.

Deshalb wird es am 09.09.2006 einen Antifaschistischen Abendspaziergang ab 19.30 Uhr vom Bhf. Thesdorf unter dem Motto: "FÜR BEWEGUNG SORGEN! RECHTE KONTINUITÄTEN BRECHEN - ANTIFASCHISTISCHE JUGENDKULTUREN STÄRKEN!", geben.
Wir wollen keine "normale" Demo Organisieren, diese werden meist von Bullen eingekesselt und werden so von Bürger_Innen als gefährlich und schlecht wahrgenommen (aufgrund der vielen Bullen).

Darum hoffen auf wir auf viele Gruppen und Unterstützer_Innen die durch Pinneberg ziehen und sich lautstark gegen Rassismus und Nazis zu wehr setzen. Vielleicht kann es so aus den Gruppen heraus zu vielen Aktionen, wie z.B. Schablonen sprühen, Plakate kleben usw., kommen.
Super ist ein Abschluss mit einer Spontandemo z.B. um 21 Uhr an der Kreuzzung Richard-Köhn-Str./Christiansenweg.

Gegen Rassismus, Neonazis und Kapitalismus! Für eine starke Antifaschistische Jugendkultur!
No Border, No Nation, Stop Deportation!

Antifa-Aktion Pbg.

Proteste gegen NPD in Eimsbüttel

Am 08.06. hielt die NPD in der Osterstrasse in Eimsbüttel mit ca. 50 KameradInnen eine angemeldete Kundgebung durch, unter den SprecherInnen war auch Worch. Die Polizei riegelte das Geschehen ab, so dass die 800-1000 GegendemonstrantInnen die Kundgebung nicht verhindern konnten. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Pfefferspray ein, es gab zahlreiche Ingewahrsamnahmen. Bei dem Abtransport der Nazis wurde die U-Bahn, mit der sie wegfuhren, angegriffen.
Ausserdem wurde das Wohnhaus der NPD-Funktionärin Zysk besucht:

Nazi-Outing in HH-Eimsbüttel

08.06.06.: NPD-Kundgebung an der Osterstrasse (HH-Eimsbüttel)-Antifa-Besuch bei der NPD-Landesvorsitzenden Zysk.
Den Weg zum Protest gegen die Nazi-Kundgebung nutzend, besuchten am gestrigen Donnerstag gegen kurz nach 19h rund 50 AntifaschistInnen den Wohnort der Landesvorsitzenden der NPD Hamburgs, Anja Zysk, in der Müggenkampstrasse 23 in Eimsbüttel. Zu diesem Zeitpunkt war Anja Zysk allerdings schon damit beschäftigt, die von der NPD angemeldete Kundgebung an der Osterstrasse, unweit ihrer Behausung, aufzusuchen und zu betreuen.
In einem vor ihrer Haustür gehaltenen Redebeitrag wurde ihre interessierte Nachbarschaft darüber in Kenntnis gesetzt, wer denn eigentlich die unscheinbare Frau ist, die dort mitten unter ihnen lebt.
Anja Zysk, als Nachfolgerin des senilen Altnazis Ulrich Harder nun in leitender Funktion der Hamburger NPD, steht für eine Veränderung der NPD, die sich vor allem in der Öffnung hin zu sog. "Freien Nationalisten" und anderen offensichtlichen Nationalsozialisten zeigt. In der Gefolgschaft von Anja Zysk findet sich in letzter Zeit vermehrt auch der Harburger Neonazi Alexander Hohensee samt debilen Anhang, der als Ziehsohn von Christian Worch mittlerweile einen überregionalen Bekanntheitsgrad erlangt hat. Selbst der erwähnte Christian Worch, der lange Zeit aus seiner zur Schau gestellten Abneigung gegenüber der als systemangepasst kritisierten NPD Kapital zu schlagen versuchte, sucht seit einiger Zeit wieder verstärkt die Nähe zu dieser Nazi-Partei.
Nach dem öffentlichen Outing von Anja Zysk wurde die Müggenkampstrasse unbehelligt von der in der Nähe hektisch rotierenden Polizei verlassen.
Anja Zysk, als 34jährige Handelsschullehrerin um Unauffälligkeit und Akzeptanz bemüht, wird sich nicht freuen, dass ihre Tätigkeiten im Dienste des Nationalsozialimums in ihrem direkten Lebensumfeld ans Licht gebracht werden. Grund genug für uns also, am Ball zu bleiben.

Also check out: www.antifainfo.de

LIBRE TUTTI -

Antifaschismus und Repression in Italien



Nach den Vorfällen des 11. März in Mailand, sind immer noch 25 AntifaschistInnen im Gefängnis. Nach einer Überprüfung wurde eine zweite Haftentlassung am 11. April abgelehnt. Die Anschuldigungen für praktisch alle Festgenommen sind: Mittäterschaft in verheerender Zerstörungswut und Widerstand gegen Beamte.
Hintergrund war eine Demonstration der rechtsradikalen "Fiamma Tricolore" in Mailand. "Fiamma Tricolore" ging in einem Wahlbündnis mit anderen rechtsradikalen Gruppierungen mit der Forza Italia, Allianza Nazionale und der Lega Nord in die anstehende Parlamentswahl. Beim Versuch den Aufmarsch zu verhindern kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen ca. 500 AntifaschistInnen und der Polizei. Bei den Auseinandersetzungen sind mehrere Polizeifahrzeuge in Flammen aufgegangen, ein Zeitungsstand und ein Wahllokal der neofaschistischen Alleanza Nazionale brannten ab. Es gab laut Polizeiangaben 9 verletzte Polizisten/Carabinieri, davon mindestens ein Schwerverletzter. Die nach den Auseinandersetzungen festgenommenen Antifas sind von erbosten Aktivbürgern mit Schlägen und Fusstritten attackiert worden, die Polizei musste sie vor der Gewalt des Lynchmobs in die Kastenwägen retten. Ein an der Gewalt beteiligter Rentner hat einer grossen Tageszeitung gesagt: "Die haben hier alles zerstört. Wenn ich ein Messer dabei gehabt hätte, ich hätte es benutzt".
Die Polizei hat nach den Auseinandersetzungen die stadt militärisch abgeriegelt und in der U-Bahn wieder mehrere Festnahmen durchgeführt. Die anderen Leute sind den Tag über in mehreren Centri Sociali eingeschlossen gewesen ohne sich durch die Stadt bewegen zu können. Die Faschisten haben ihren Marsch quer durch die Stadt ungehindert durchführen können, mit Keltenkreuzflaggen und faschistischen Liedern und Parolen. Scheinbar als Antwort auf die brutale Repression ist am Abend ein Polizeifahrzeug im Norden der Stadt abgefackelt worden. Auch auf der Wache wurden die Festgenommenen mißhandelt - einzeln in ein Zimmer gezerrt und verprügelt. Die jetzige Repression gegen die italienische Linke, scheint die massivste seit den Vorfällen 2001 während und nach der Gipfelproteste in Genua. Linke Politiker aller Couleur distanzierten sich unmittelbar nach den Ereignissen des 11. März in Eilmitteilungen von den "unkontrollierbaren Gewalttätern". Die radikale Linke versucht derzeit sich in einer breiten Solidaritätskampagne zu organisieren. Am 17. Juni demonstrierten in Mailand mehr als 5000 Menschen gegen die Repression und für die Freiheit der 29 Verhafteten. Alle sind aufgerufen die Gefangenen zu unterstützen.

Mehr Informationen und ein Spendenkonto gibt es auf der italienischen Internetseite der Solidaritätskampagne:
http://www1.autistici.org/dovevadoevado/index.html

Wagenplatz Hospitalstraße von Räumung bedroht

Von ehemals dreizehn Wagenplätzen existieren in Hamburg heute gerade mal noch fünf Plätze, die allesamt in perspektivisch ungesichertem Status befinden. Akut von einer Räumung ist jetzt der Wagenplatz Hospi in der Chemnitzstrasse in Altona betroffen. Ursache ist der geplante der Verkauf der Häuser Chemnitzstr. 78/80 durch den Makler Hanenfeld vom Othmarschener Immobilien Kontor e.K. an eine Kommanditgesellschaft (KG). Diese möchte die Häuser abreißen und dort hippe Eigentumswohnungen bauen. Da der Hospi, bisher seine Zufahrt über dieses Gelände hat und diese kein weiteres Wegerecht einräumen wollen, droht damit auch die Räumung des Platzes.



Den Wagenplatz Hospi gibt es bereits seit 1990, 16 Jahre. Zunächst wurde ein städtisches Gelände in der Hospitalstraße besetzt. 1997 verkaufte die Stadt das Gelände an eine private Wohnungsbaugenossenschaft. Der Wagenplatz Hospi verlor damals 1/3 seines Geländes. Im Gegenzug erhielt die Hospi einen längerfristigen Vertrag und die Zufahrt wurde umgelegt in die Chemnitzstraße 78/80. Dieses Gelände mit einem zweiteiligen Gebäudekomplex gehört ebenfalls einer Privatperson. Damals hatte die TAZ Hamburg das Gebäude angemietet. Mit ihnen, dem Besitzer der Chemnitzhäuser Michael Wendel, der Wichern Baugenossenschaft, der Stadt und den BewohnerInnen des Wagenplatzes wurde sich auf eine gemeinsame Wegenutzung geeinigt.
Mittlerweile wird das Gebäude von einem Wohnprojekt mit angegliederten Tonstudios genutzt. Der langfristige Vertrag ist inzwischen jedoch zu Ende. In die Bemühungen erneut einen längerfristigen Vertrag abzuschließen, wurde immer wieder der Zuweg problematisiert. Der Besitzer des Hauses, möchte nun das Haus verkaufen. Es gab dabei bereits eine für alle Betroffenen ideale Lösung. Das Mietshäuser Syndikat würde die beiden Häuser kaufen, um dort auch weiterhin ein Wohnprojekt zu ermöglichen und weiterhin ein Wegerecht zu gewähren. Ein Vorvertrag mit dem Besitzer des Hauses wurde bereits abgeschlossen. Nun steht aber auf einmal ein neuer Käufer im Raum. Dieser möchte das Gebäude abreißen und neue Eigentumswohnungen bauen. Dazu sollen die jetzigen BewohnerInnen der Chemnitzstraße 78/80 aus den Wohnungen geklagt oder gemobbt werden. Die Zufahrt für die Hospi entfällt und damit soll auch der Wagenplatz verschwinden.
Inzwischen organisieren sich das Miethäuser Syndikat, Wohnprojekt und der Wagenplatz gemeinsam: Die BewohnerInnen des Wohnprojektes beharren auf ihren Mietverträgen und wollen ihre Wohnungen keinesfalls zu einem früheren Zeitraum verlassen. Und auch die BewohnerInnen des Hospi sind nicht bereit den Platz kampflos aufzugeben. Ein Verkauf an das Miethäuser Syndikat wird als politische Lösung angestrebt.
Einer Räumung möchte sich der Wagenplatz widersetzen. Alleine schon aus dem Grund das so viele Wagenplätze in Hamburg geräumt wurden, sehen diese es als Aufgabe an, für den Erhalt jedes verbliebenen Platzes in Hamburg zu kämpfen. Die vier Plätze (Gaußstrasse, Henriette, Borribles und Rondenbarg) haben lediglich noch ein Vertrag bis Ende diesen Jahres. Ihre Verbleib ist danach ebenfalls unsicher. Bedroht ist somit nicht allein die Hospi, sondern die Wagenplätze in Hamburg insgesamt. Am Freitag den 16.6.2006 fand mit einer Kundgebung beim Makler eine erste kleine Aktion statt. In einem Redebeitrag wurde formuliert: "Es sei aber an der Stelle auch schon mal verraten das wir nicht so einfach gehen werden. Wir wohnen in Altona und wir wollen auch weiterhin im Wagen in Altona wohnen. Und da der Wagen unsere Lebensgrundlage ist, kann sich jeder und jede vorstellen, das wir alles daran setzen werden dieses Gelände nicht kampflos aufzugeben.
Und den Investoren sei hier noch mal ausdrücklich gesagt, das selbst wenn wir polizeilich geräumt würden und zu Baubeginn nicht mehr direkt vor Ort wären, auch später sich unser kollektives Gedächtnis sehr wohl daran erinnert was uns geschehen ist, und dann werden wir sehen....".



Sollte ein Räumungsszenario Wirklichkeit werden, sind alle aufgefordert den Platz zu verteidigen.

Anti-Atom

Ernte 29

Neben gut einem dutzend eher allgemein gehaltenen bzw. theoretischen Workshops zum Thema Energie im globalen Massstab, gab es beim diesjährigen Buko 29 in Berlin (26-28.5.06) denVersuch durch eine Reihe von workshops, die sich en Detail mit einzelnen Ländern beschäftigten einen Einblick in aktuelle Entwicklungen auf dem globalen Energiesektor zu gewinnen. Diese sog. Länderstudien gab es zu China, Nigeria (Ruben Eberlein) , El Salvador (Ulf Baumgärtner), Venezuela (Raul Zelik) und Brasilien (Regine Richter) und sind als ausführliche Berichte sehr lesenswert in der aktuellen Anti-Atom-Aktuell zu finden (bekommt mensch besp. im Schwarzmarkt).Im Folgenden dokumentieren wir den gekürzten Abschussbericht der Vorbereitungsgruppen des
Energiepanels (Anti-Atom-Plenum Berlin,Anti-Atombüro-Hamburg, TU-Gruppe Berlin und Redaktion der Anti-Atom-Aktuell)

Regt sich Widerstand?

Für uns als Anti-Atom-Bewegte scheint es in der BRD ganz selbstverständlich zu sein, Energie, vor allem Strom, als Feld "politischen Handelns von unten" zu sehen. Nicht nur von Seiten der Herrschenden, auch von uns wird der Energiesektor als Spielwiese utopischer Gesellschaftsentwürfe gedacht.
Durch alle Vorträge zog sich jedoch die Erkenntnis, dass es in keinem der Länder über die berichtet wurde, eine ähnliche gesellschaftliche Konstellation gibt.Widerstand entwickelt sich vor allem gegen große Infrastrukturprojekte, da sie auf die Lebensverhältnisse vieler Menschen direkt zugreifen und diese bedrohen. In Brasilien, El Salvador und China richtet sich dieserWiderstand vor allem gegen Staudammprojekte. Der Widerstand gegen diese Megaprojekt (z.B. Drei-Schluchten-Staudamm in China) ist meist ein vehementer Abwehrkampf. Keiner Referentin berichtete von Auseinandersetzungen, deren Zielsetzung über die Verhinderung einer konkreten Anlage hinausweisen, also Energieversorgung als gesellschaftliches Verhältnis thematisieren.
Eine andere Ebene des Widerstandes sind Aneignungspraxen, sei dies nun Stromklau in Nicaragua oder auch das Anzapfen von Pipelines in Nigeria. Eine Praxis kollektiver Energieversorgung (kommunale o.ä.) zu entwickeln scheint in den meisten Gesellschaften schlicht Luxus zu sein. Andere Dinge sind wichtiger. Wie in vielen anderen Ländern ist auch in El Salvador die Versorgung mit Wasser vorrangig vor dem "Luxusprodukt" Strom. Kämpfe werden daher weitaus häufiger um die Versorgung und den Zugriff auf das Wasser geführt.

Erneuerbare Energie

Erneuerbare Energieträger spielen in den von uns bearbeiteten Ländern keine Rolle. Wasserkraft kann im Süden nicht als erneuerbar gesehen werden, da sie in den meisten Fällen gigantische Einriffe in die ökologischen und sozialen Gefüge der betroffenen Region bedeutet. Windkraftanlagen hätten das Potential dazu, aber ähnlich wie bei Solaranlagen haben die Menschen im Süden häufig einfach nicht das Geld, um sich solche Anlagen zu leisten. (Darin unterscheidet sich die Situation nicht gravierend von der unsrigen). Zumindest in Venezuela macht sich Hugo Chavez laut Gedanken über die Zeit nach dem Öl. Ob dies jedoch in der Aufbau einer regenerativen Energiestruktur münden wird, bleibt abzuwarten.

Wer kontrolliert Energie?

Dreh- und Angelpunkt ist, dass "Energie" nicht die Versorgung der Menschen mit ausreichend Energie meint, sondern ? wie wir nicht anders erwartet haben - das Geschäft mit der Energie. Welche Energieträger auch immer vorhanden oder nicht vorhanden sind, es geht um Kontrolle und Profit.
In China ist die Energieversorgung in staatlicher Hand bzw. in der Hand von staatlichen Konzernen, nur Klein- und Kleinstunternehmen sind privatisiert. Die Energiepreise unterliegen der staatlichen Kontrolle. Es gibt ein erhebliches Stadt-Landgefälle. Die Versorgung der Landbevölkerung mit Energie ist aufgrund der großen Entfernung schwieriger und kaum von staatlichem Interesse. Netze sind kaum vorhanden und nur aufgrund dessen kommen erneuerbare Energien zum Tragen. In El Salvador dagegen sind die vier Staudammgroßprojekte staatlich, da sie niemand haben möchte. Die profitablen geothermische Kraftwerke dagegen wurden privatisiert.
Die Energieverssorgung in Brasilien ist unter staatlicher Kontrolle. Großprojekten, sei es Staudämmen oder Atomkraftwerken, wird der Vorzug gegeben. In Nigeria und Venezuela dreht sich alles um das Öl, wobei zumindest in Nigeria die Bevölkerung kaum davon profitieren. Hier stellt sich auch die Frage: Was wäre mit diesen Ländern, wenn sie keine Ölvorkommen hätten?

Wieviel Spielraum steckt im Öl?

In den beiden Vorträgen über Nigeria und Venezuela zeigte sich deutlich, dass der Besitz großer Ölreserven eine stärkere Unabhängigkeit vom Norden bedeuten kann (Venezuela), aber nicht unbedingt muss (Nigeria). Sehr erhellend waren in diesem Zusammenhang die Ausführungen über das Wesen von Rentenökonomien. Gemeint sind dabei Ökonomien die sich nicht auf die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft stützen, sondern durch den Verkauf einer endlichen Ressource aufrecht erhalten werden. Der Gewinn, den der Verkauf eines Rohstoffs über die Förderkosten hinaus abwirft, wird dabei als Rente bezeichnet. Da das Gewinnen dieser Rohstoffe meist nur im großindustriellen Maßstab machbar ist, fördert eine Rentenökonomie tendenziell zentralistische Strukturen, insbesondere Staaten. In den zentralen Strukturen wird die abgeschöpfte Rente dann vergesellschaftet (Venezuela) oder mehr oder weniger von oben nach unten durchgereicht (Nigeria), wobei unten kaum noch etwas ankommt. Der im Öl steckende gesellschaftliche Spielraum marginalisiert also von vorneherein staatsferne Gesellschaftsentwürfe, kann aber wie im Fall Venezuelas durchaus an vergleichsweise Viele verteilt werden. Im Kontrast dazu wird der Spielraum, den die Ölrente in Nigeria abwirft, wie im Dreißigjährigen Krieg zumeist zum Aufbau von Söldnerhaufen und deren Bewaffnung genutzt.
Die gesellschaftliche Utopie der bolivarischen Revolution in Venezuela ringt vor allem um eine möglichst große Unabhängigkeit von den Staaten des Nordens, allen voran von den USA. Daneben wird die Einigung der südamerikanischen Staaten angestrebt, ein erster Schritt dahin soll das Wirtschaftsbündnis ALBA zwischen Bolivien, Kuba und Venezuela sein. Ob und wie die Spielräume, die sich durch die Umverteilung der Ölrente ergeben, in Venezuela selbst genutzt werden können, scheint noch nicht ganz ausgemacht zu sein. Zahlreiche Initiativen und Kooperativen aus den Barrios von Caracas haben sich in den vergangenen beiden Jahren aufgemacht, Gemeindezentren aufzubauen oder die Gesundheitsversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Dem entgegen steht der Widerstand der Mittelschicht, die ihre Pfründe schwinden sieht und bereits mit zwei Putschversuchen versuchte das Rad zurückzudrehen.

weiter Seite 23

Dokumentation die Erste :

"Dessous les paves c`est la plage"

- Auf zum Euromayday und revolutionärer 1.Mai Demo!

Wir haben am 25.4. und am 27.4.2006 zwei Akteure des Klassenkampfes von oben kontaktet.
Das Reihenhaus des "Team Arbeit Hamburg" (ARGE) - Schnüfflers Sören Schülke, Holitzberg 118, haben wir mit Farbe und Steinen beworfen; das Haus von Thomas Straubhaar, Langenhege 45, Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) hat Farbe abgekriegt. Auf der Straße ging sein Auto in Flammen auf.
Thomas Straubhaar ist Hamburgs renommiertester Wirtschaftsforscher und in dieser Rolle Stichwortgeber und Wegweiser für Angriffe aufs Proletariat und prekär Beschäftigte.
Von 1999 bis 2005 war Straubhaar Präsident des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA), seit 2005 ist er als Direktor des HWWI mit der Abwicklung des HWWAs bis zum Jahresende 2006 und der Etablierung des neuen von Banken gesponserten "Think Tanks" beschäftigt. Das HWWA ist eins der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland, die regelmäßig Herbst- und Frühjahrsgutachten für die Bundesregierung erstellen. Zweimal jährlich berichtet das HWWA der Bundesregierung über Konjunkturaussichten und internationale Wirtschaftsentwicklung. Der Sound dieser Gutachten ist (stets derselbe): Die Investitions- und Ausbeutungsbedingungen der Bosse müssen verbessert werden, Löhne möglichst sinken, die ArbeiterInnen sollen den Gürtel enger schnallen.
Straubhaars Agenda lautet: Kündigungsschutz abschaffen, Rentenalter anheben, Niedriglohnsektor ausbauen, Lohnnebenkosten senken. Dementsprechend sieht er die aktuell von der großen Koalition geplante Ausweitung der Probezeit für Neuarbeitsverträge auf 24 Monate als einen ersten positiven Schritt hin zu der vom Bund deutscher Industrieller und Wirtschaftsminister Glos geforderten völligen Abschaffung des Kündigungsschutzes und ist sich einig mit den Forderungen des IWF hinsichtlich dieses Themas. In der Zeit der großen Demonstrationen gegen die Einführung von Hartz IV, riet er der rotgrünen Bundesregierung nicht nachzugeben und harte Haltung zu bewahren. Die Einführung von 1-Euro-Jobs feierte er als großen Fortschritt und erhob die Forderung, dass sie von kommunalen und sozialen Tätigkeiten auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet werden sollen. Es würde sich nämlich zeigen, dass es in Deutschland genug Arbeit gibt, wenn die Arbeitskosten niedrig sind.
Vor der Bundestagswahl 2005 initiierte er den "Hamburger Appell". Über 200 Wirtschaftsprofessoren forderten darin die Bundesregierung auf, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und klarzustellen, dass drastische und schmerzhafte Reformen bevorstünden. Eckpunkte des Appells sind u.a. die Löhne zu senken, die Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden zu minimieren, Arbeitszeit zu verlängern und Urlaubsansprüche einzuschrumpfen. Globalisierung sollte als Chance begriffen werden, weil z.B. billige Produkte aus den drei Kontinenten den Lebensstandard in den Zentren verbessern. Für die Zukunft will sich Straubhaar mit dem HWWI noch intensiver den Themen Migration und internationale Wirtschaftsintegration widmen. Eines von Straubhaars Lieblingsprojekten ist das Vorhaben, migrantische Fachkräfte der sogenannten "Creative Class" nach Deutschland, bzw. Hamburg zu holen. Für deren Anwerbung im Interesse des Arbeitsmarktes entwickelte er bereits ein Discountpunkte-System, wonach MigrantInnen nach den Kriterien Qualifikation, Sprache und Alter Punkte für eine Zugangserlaubnis sammeln können. Als Migrationsfachmann war Straubhaar Gutachter der Zuwanderungskommission der Bundesregierung.
Sören Schülke ist Standortleiter der ARGE in Lokstedt und Eidelstedt. Er gehört zu den SchnüfflerInnen, die Monat für Monat in Hamburg Hunderte von Haushalten besuchen, um "BetrügerInnen" von Hartz IV-Zahlungen auszuschließen bzw. zu verklagen. Schülke rühmt sich seiner hohen Trefferquote: "früher oder später erwischen wir jeden". Diese Rechnung wird im Klassenkampf aber auch von der anderen Seite der Barrikade aufgestellt.

Nach einer eher kurzen Phase von Massenmobilisierungen zu Aktionen gegen Hartz IV, finden wir es notwendig jetzt nicht die Aktionsfelder soziale Kämpfe fallen zu lassen. Es gilt, sich den Mühen der Ebene zu stellen und dem Klassenkampf von oben organisierte Militanz entgegenzusetzen. Wir freuen uns, dass in Berlin Aktionen gegen Strukturen und Profiteure von Zwangsumzügen stattgefunden haben und dass es wiederholt Aktionen gegen das Deutsche Wirtschaftsinstitut gab.
Und wir freuen uns besonders, dass es in Frankreich gelungen ist, das Gesetzvorhaben zur Aufweichung des Kündigungsschutzes durch eine großartige Mobilisierung hinwegzufegen.
Wir positionieren unsere Aktionen in einen internationalen Kontext und in die Kampagne gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm. Die G8-Schweine planen nicht nur die Vernutzung von Abermillionen Menschen in den drei Kontinenten, sondern auch die sozialen Angriffe gegen Proletariat und Prekariat in den Zentren.

>> WIR WOLLEN ALLES ! <<

fight 4 revolution crews

Dokumentation die Zweite :

Dreyer, als Chefbonze von HASPA, Handelskammer und oberster Mitstreiter für sogenannte Innenstadt-Bettelverbote hat die Technokraten und Eliten des globalen Reichtums zu Gast beim Weltbankforum.
Unsere Gäste sind es nicht!
Als kleinen Gruß haben wir am 29. auf den 30.05. mehrere Filialen der HASPA kräftig durchgelüftet und mit Farbe dekoriert!
Sie, die Eliten von Weltbank, WTO und G8 organisieren die Armut der Menschen, wir den Widerstand gegen die globalen Ausbeutungsstrukturen.

Fight Law and Order - Smash G8!

Autonome Gruppen

Dokumentation die Dritte :

Hartz IV optimieren

Als Reaktion auf den unwürdigen Umgang mit unser 25-jährigen und auf die angekündigte Verschärfung der Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen gegenüber Arbeitslosengeld II - Empfängern haben wir am 30.April in einer größeren Gruppe das Arbeitsamt Eimsbüttel im Eppendorfer Weg mit Steinen und Farbflaschen angegriffen.
Nach der Einführung von Ein- und Null-Euro Zwangsdiensten, dem Wohnarrest im Elternhaus für unter 25-jährige, der Anordnung von Zwangsumzügen für Arbeitslose in zu großen oder zu teuren Wohnungen,... will die Regierungskoalition die Schraube noch weiter überdrehen. Die genannten Einspareffekte angesichts der herbeigeredeten Kostenexplosion im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit sind dabei nur eine Motivation. Die Durchsetzung eines allumfassenden Arbeitszwanges und die kontinuierliche Absenkung von Löhnen und Förderleistungen gehen dabei Hand in Hand - über die Zwischenstationen Ein-Euro-Job, Einführung des Kombilohns auf stetig sinkendem Lohnniveau hin zur flächendeckenden Durchsetzung von Armutslöhnen ohne jede Unterstützungszahlungen.
Die nun geplante Änderung der Sozialgesetzgebung unter dem Namen "Optimierungsgesetz" verschärft die Doktrin "Kein Recht auf Leben ohne Arbeit". Arbeitslose, die den beliebigen Zugriff auf ihre Arbeitskraft verweigern und mehrmals NEIN zu ihnen "angebotenen" Zwangsdiensten sagen, sollen gar nichts mehr bekommen - auch keine Miete.
Wer beim Selbstunterwerfungsprogramm nicht mitmacht, oder sich auch nur der (Selbst-)Bewertung seiner verwertbaren Fähigkeiten entzieht, dessen Existenz ist nichts wert. Das wird gleich zu Anfang in einer Art Einlasskontrolle zum Arbeitslosengeld II deutlich: ein nicht allzu attraktives Jobangebot gleich beim Antragstellen soll die Arbeitsbereitschaft überprüfen.
Mit der x-ten Neuauflage der Sozialschmarotzerdebatte wird insbesondere die weitere Aufrüstung der Kontrollinstrumente eingeleitet: Umkehr der Beweislast bei der Beurteilung ob eine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt, generelle Einrichtung von Prüfdiensten und Telefonbefragungen durch die Arbeitsämter sowie ein automatisierter Abgleich von Finanz-, Melde- und Kfz-Daten mit der jeweiligen Behörde.
Wir halten es für wichtig uns weiterhin trikkreich gegen die unverschämten Zumutungen durch das Arbeitsamt zu wehren, ihren Kontrollen geschickt auszuweichen und gemeinsam die Abschreckung der angedrohten Sanktionen ins Leere laufen zu lassen.
Wir fordern darüber hinaus aber auf, endlich rauszukommen aus der Defensive, in der wir die nächsten Einschnitte in ein alles andere als gutes Leben klagend hinnehmen.
Wir grüßen die Aktivisten der revolutionären 1.Maidemo und des Euromayday.
Für die Optimierung des Widerstands gegen den sozialen Angriff! Krawalle und Unruhen für ein schönes Leben!

"die kosten explodieren"

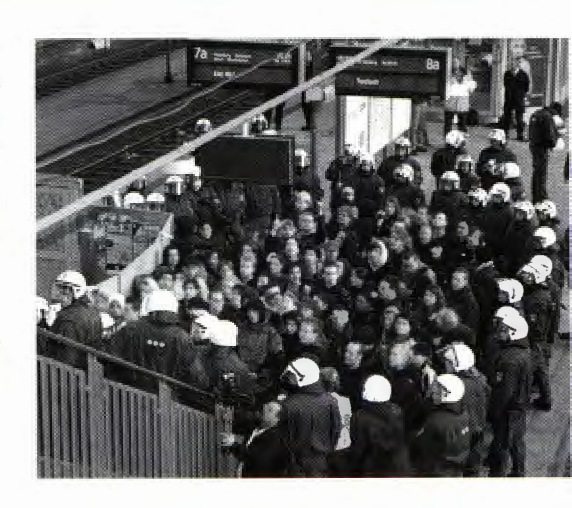
Redebeitrag der Antirepressionsgruppe Wasserturm auf der Demo gegen die Tagung des Weltbankforums am 1.6.06

Hamburg im Jahre 2006 ...
Im Schanzenpark gibt es die Baustelle eines Luxushotels. Im gesamten Schanzenviertel werden exklusive Eigentumswohnungen gebaut. Das Messegelände wird erweitert. Im Hafen entsteht ein neuer Luxusstadtteil für die Reichen und Schönen und der Militarist Tamm bekommt vom Senat 30 Millionen Euro für ein kriegsverherrlichendes Marinemuseum in den Hintern geblasen.
Die Stadt soll wachsen, der Standort soll konkurrenzfähig sein. Der Euro soll rollen.

Das Aufwerten der Stadt gilt nicht den Menschen, die hier leben. Es gilt einem vermeintlichen Markt, von dem immer mehr Menschen ausgeschlossen bleiben. Die Umstrukturierungspolitik des Hamburger Senats bedeutet die direkte und indirekte Vertreibung von Menschen, die das mondäne Stadtbild stören oder sich steigende Mieten nicht mehr leisten können. Aufwertungspolitik bedeutet über Zusammenstreichung von Sozialleistungen und steigende Preise Armut und Verelendung. Der Ausbau des Standortes unter Verwertungsinteressen wird in Hamburg so wie überall gegen die existentiellen Bedürfnisse der Menschen vorangetrieben. Jeder gesellschaftliche Widerspruch gegen diese Politik, jede Art von nicht integrierbarem Widerstand gegen ihre Projekte wird unter dem Label ‚innere Sicherheit' bekämpft und mit Repression überzogen. Die Neustrukturierung des Kapitals, die Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftsordnung sind hier, so wie überall Gewalt.
Was auf lokaler Ebene unter Federführung von Senat und Handelskammer geplant und umgesetzt wird, hat weltweit seine Entsprechungen. Vor allen Dingen die ärmeren Länder des Trikont werden von politökonomischen Organisationen wie der Weltbank oder dem IWF durch Erpressungen bei der Kreditvergabe gezwungen, im jeweiligen nationalen Rahmen dem international operierendem Kapital optimale Verwertungsbedingungen zu schaffen. Durch erzwungene sogenannte Strukturanpassungsmaßnahmen, die genau das erreichen sollen, müssen die jeweiligen Länder ihren Bevölkerungsmehrheiten repressiv gegenüber auftreten. Politik kann sich nicht mehr auf eine sozial ausgeglichene Entwicklung von Gesellschaft ausrichten. Einziges Ziel ist die selektive Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte für den internationalen Wettbewerb und gleichzeitig die Unterdrückung aller Interessen, die dem entgegen stehen. Gleichzeitig sind Verarmung, Verelendung und Vertreibung zwangsläufige Ergebnisse dieser global betriebenen Politik. Nicht umsonst werden weltweit Polizeiapparate ausgebaut und aufgerüstet, obwohl doch eine der Grundlagen neoliberaler Ideologie sinkende Staatsausgaben sind.
Staatliche Repression findet hier immer offener Ausdruck im gesellschaftlichen Alltag. So ist Hartz IV nichts anderes als ein repressives Instrument, um Arbeitslose zu disziplinieren und zur Anpassung zu zwingen. Schule schwänzen oder irgendein auffälliges Verhalten von Kindern und Jugendlichen wird nicht mehr mit pädagogischen Maßnahmen, sondern mit massiven Sanktionen begegnet. Abstruse gesellschaftliche Diskurse über Sicherheit und Maßnahmen, wie die Kameraüberwachung auf der Reeperbahn, sollen die Menschen hier daran gewöhnen, wie der Hase läuft. Pass dich an, halt das Maul und dir wird erst mal nichts geschehen. Weich ab vom staatlich vorgeschriebenen Weg, und du bist dran. An andere Lebensentwürfe soll nicht mehr gedacht werden, Widerstand gegen das herrschende System soll unmöglich gemacht werden.

Erst gestern kam es in Hamburg bei der Demo gegen Studiengebühren zu ungefähr 100 Festnahmen. Abends gab es dann 3 Hausdurchsuchungen wegen der Enteignungsaktion in einem Delikatessenladen für die Reichen und Aktionen gegen den Bau des Luxushotels im Schanzenpark.
Staatliche Repression gegen linke emanzipatorische Politik ist überall eine Rahmenbedingung. Sie ist real und sie ist bedrohlich. Aber gerade jetzt, wo es eine ganz erhebliche konkrete Zunahme von Repression gibt, immer neue Gesetze verabschiedet werden und die gesamte Gesellschaft vor dem Hintergrund ökonomischer Neustrukturierungen in ein autoritäres Konzept gedrängt werden soll, muss es darum gehen, den Widerstand gegen dieses System weiter zu organisieren.
Gegen ein System, das auf Gewalt und Repression basiert, das menschenverachtend und ausbeuterisch ist.
Hau weg den Scheiß

Antirepressionsgruppe `Wasserturm'



P.S.:
Verschiedentlich geisterte in den letzten Wochen durch die Hamburger Presse die Meldung, die Bullen hätten bei Hausbesuchen Kontakt zu linken AktivistInnen gesucht. Zu Beginn des Jahres 2005 gab es eine Reihe von Besuchen durch sog. Gewaltpräventionsbeamte bei Jugendlichen, bzw. deren Eltern, die bei Protesten gegen den Wasserturm-Hotelbau oder Antifa-Aktionen polizeilich festgestellt wurden.
Sollten solche Besuche weiter stattfinden, oder in diesem Jahr stattgefunden haben, bitten wir die Betroffenen mit uns Kontakt aufzunehmen über unser Postfach im Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46 in 20357 Hamburg.

Wo einige gleicher sind

FSK sendet ein immer gleichförmigeres Programm, das immer weniger Leute hören. Diese Entwicklung ist eine direkte Folge der inneren Zustände des Senders
Mittwoch, den 31.5., 22 Uhr: Hamburg hat einen Tag voll politischer Auseinandersetzungen erlebt, die zu dieser späten Stunde noch andauern. FSK sendet eine halbstündige "Zusammenfassung der Ereignisse". Akteure und Betroffene kommen nicht zu Wort, die Forderungen und politischen Inhalte, um die es diesen Tag gegangen ist, werden mit keiner Silbe erwähnt. Stattdessen:
ausführliche Schilderungen von Demorouten, Polizistenzahlen, Standorte von Wasserwerfern - und vor allem von Polizeibrutalität. Die unbedarfte ZuhörerIn muss denken, heute habe ein gigantisches Räuber-und-Gendarm-Spiel stattgefunden, das irgendwie aus dem Ruder gelaufen sei. Der Moderator kündigt juristische Konsequenzen für die Polizei an. Die Hausdurchsuchungen, die im Augenblick der Sendung stattfinden, erwähnt er nur kurz - und zwar so, als seien sie bereits beendet. Auch sei ihr politischer Hintergrund nicht klar, und FSK wolle sich nicht "aufs Feld der Spekulationen" begeben. Das politische Niveau der Sendung lässt sich in drei Wörtern zusammenfassen: unterhalb der Grasnarbe. Praktische Solidarität für die Wohnprojekte, die gerade vom LKA gefilzt werden, organisiert sie nicht. Die Studierenden, die den Tag über gegen die neoliberale Hochschulpolitik demonstriert haben, reduziert sie auf eine Rolle als bedauernswerte Opfer ohne politische Forderungen. Und die Staatsmacht bläst sie auf zum übermächtigen Riesenmonster. Zurück bleibt der Eindruck, Demonstrieren sei eine hoch gefährliche Angelegenheit, von der mensch sich besser fern hielte. Die entpolitisierten und polizeifixierten Demoberichte des FSK sind oft kritisiert worden - auch im Sender selbst. Dennoch machen die immer gleichen Leute weiterhin die immer gleichen Demosendungen. Was seinen Grund hat: Entscheidungen, die das gesamte Projekt betreffen, fällt eine kleine Gruppe von Leuten. Und die diskutiert nicht und lässt sich nicht kritisieren. Als Siegerin des Konflikts zwischen im Großen und Ganzen eher antiimperialistisch und eher antideutsch ausgerichteten Strömungen sieht sie ihr Hauptziel darin, das FSK von "gefährlichen" Tendenzen frei zu halten - oder, wie ihre VertreterInnen es einmal im "Transmitter" formulierten (völlig unironisch übrigens): den "linken Sumpf trocken zu legen". Bei solch einer Mission verwundert es nicht, dass mit harten Bandagen gekämpft wird. Heute taucht bei den Sitzungen des FSK-Delegiertenplenums "AnbieterInnengemeinschaft" praktisch kein Mensch mehr auf, der nicht zur das FSK dominierenden Gruppe gehört - deren Umgangsformen sind einfach zu ruppig. Sie bevorzugt, unter sich zu bleiben, und macht das ZuhörerInnen auch unmissverständlich klar. In einem Fall hat sie die Sitzung sogar ohne weitere Angabe von Gründen für geschlossen erklärt und einen Gast vor die Tür gesetzt. Entscheidungen, etwa über die Vergabe von Sendeplätzen, fällt sie nach persönlicher Sympathie oder Antipathie. Sendungsredaktionen, die eine Sondersendung machen oder mehr Sendezeit haben wollten, mussten schon bis zu fünf Monate lang bei den Sitzungen der AnbieterInnengemeinschaft vorsprechen - um dann eine Absage zu bekommen. Im Zweifelsfall lehnen die FSK Granden den Antrag ab, mit der bequemen Begründung, die betreffende Redaktion könne nicht garantieren, dass sie in der zusätzlichen Zeit keine unerwünschten Inhalte senden würde. Dieses Argument dient auch dazu, neue Gruppen und Sendungen vom Radio fernzuhalten. Nicht einmal zip-FM schaffte es über diese Hürde - ein tägliches halbstündiges Nachrichtenmagazin, das vom Bundesverband Freier Radios (BFR) produ
ziert wird. Im BFR sind 31 Radioinitiativen



und Justiz" mitgesendet zu haben. Die aber sei zwar seiner Redaktion genehmigt, ihm jedoch ausdrücklich verboten worden, weil er als früheres Mitglied der verblichenen Radiogruppe "Forum Radio" keine zusätzliche Sendezeit bekommen solle. "Forum Radio" war eine der fünf Gruppen, aus denen das

zusammengeschlossen; die Redaktion von zip- FM übernehmen reihum verschiedene Sender und stellen aktuelle Beiträge aller BFRRadios zusammen. Aktuell, in täglicher Ausgabe, sorgfältig gemacht, die Arbeit auf viele Schultern verteilt, vielstimmig politische Themen aus verschiedenen Perspektiven behandelnd - die Sendung mag zahlreiche Pluspunkte auf sich vereinen, fürs FSK ist sie nicht gut genug. Ihr Haken: Sie ist nicht kontrollierbar. Und dementsprechend lautet auch die Begründung dafür, dass sie vom FSK nicht ausgestrahlt wird: weil niemand garantieren könne, dass nicht ein anderes Freies Radio einen zip-FM-Beitrag mit unerwünschten Inhalten produziert. Zum Beispiel einen, in dem die antiimperialistische Strömung der Linken gut wegkommt - siehe oben. Während von außen kaum noch neue Leute und schon gar keine Gruppen es mehr in das FSK schaffen, macht sich drinnen eine Stimmung zwischen Resignation und Einschüchterung breit. Verschärft wird die Situation durch das Sendeverbot, das die AnbieterInnengemeinschaft im April gegen Wolfgang von der Sendung "Knast und Justiz" verhängt hat, und das nur als Willkürmaßnahme bezeichnet werden kann. Begründet wird dieses Verbot im Protokoll der Sitzung damit, dass Wolfgang gegen Auflagen verstoßen habe, die früher einmal über ihn verhängt worden seien. Welche Auflagen das gewesen sein sollen, steht aber weder in diesem noch in irgendeinem sonstigen Protokoll des FSK-Gremiums. Konkret wirft die AnbieterInnengemeinschaft ihm vor, außer bei der Freitagabendsendung "Knast und Justiz" auch bei einer zusätzlichen Donnerstagsnachmittagssendung "Knast

FSK sich einst zusammensetzte. Im erwähnten früheren Konflikt zwischen - vereinfacht ausgedrückt - eher antiimperialistisch und eher antideutsch ausgerichteten Strömungen hat "Forum" den Kürzeren gezogen und sich schließlich aufgelöst. Offenbar als letzter Akt dieses eigentlich vor Jahren ausgefochtenen Streits wird jetzt Wolfgang aus dem Sender gejagt. Ging es bei früheren Sendeverboten immer um Antisemitismus, so schnurrten die Vorwürfe gegen Wolfgang darauf zusammen, er habe dem Sender geschadet. Alle diejenigen Sendenden, die nicht zum Zirkel der Mächtigen gehören, müssen dieses Sendeverbot als Warnung auffassen: Wolfgang durfte sich gegen die Vorwürfe, die man ihm machte, nicht einmal verteidigen. Er wurde einfach per Beschluss rausgeworfen, ohne wenigstens persönlich darüber informiert zu werden, dass ein Antrag auf Sendeverbot gegen ihn vorliegt. Der Antrag wurde lediglich im März-Protokoll der AnbieterInnengemeinschaft kurz erwähnt. Keiner HörerIn, die das Programm des FSK verfolgt, wird entgangen sein, dass es immer öder wird. Immer weniger guten, engagierten und politisch für Debatten offenen Sendungen stehen immer mehr Sendungen gegenüber, die schlampig gemacht, selbstgerecht und lediglich auf Bestätigung durch die eigene In-Group ausgerichtet sind. Politische Mitsprache aller Sendenden gibt es im FSK nicht. Die AnbieterInnengemeinschaft setzt sich zusammen aus denen, die übrig geblieben sind. So schaltet und waltet im FSK ein Klüngel, der gezielt die zentralen Gremien majorisiert hat und der sich aus den Radiogruppen Loretta, Stadtteilradio und Uniradio zusammensetzt: Radiogruppen in denen nur eine Minderheit der Sendenden aktiv organisiert ist. Er lässt keine neuen Radiogruppen zu und weigert sich, über eine Struktur zu diskutieren, in der die überwiegende Mehrheit der Beteiligten von allen Entscheidungen ausgeschlossen ist. Sendende, die nicht Delegierte sind oder keinen guten Draht zu mindestens einem der Delegierten haben, kommen in aller Regel mit ihren Ideen nicht weit. Es kann nicht sein, dass in einem politischen Projekt wie dem FSK ein großer Teil der Leute faktisch keine Möglichkeit hat, politisch mitzubestimmen. Wir haben da andere Vorstellungen! Wir wollen ein Sender Kombinat, in dem politisch auf einer solidarischen Ebene diskutiert wird und nicht einfach eine unpassende Meinung durch plumpe Abstimmung beseitigt wird. In dem Alternativen zur herrschenden Logik ausprobiert werden (können) und nicht die mit den härtesten Ellenbogen gewinnen. Denn Systemkritik hört für uns nicht in den Räumen von FSK auf. Dieser Sender bietet viele Möglichkeiten, es wird Zeit, dass sie mal wieder genutzt werden! Ein Schritt auf diesem Weg muss die Aufhebung des genannten Sendeverbots sein, doch die Entwicklung darf dort nicht stehen bleiben. In diesem Sinne hoffen wir auf ein neues, auf ein Freies Sender Kombinat.

Die Sendungen RadioAktiv, Salon Rouge, Back To The Basics, WiseUp!, Spielerfrauen, Trost in lausigen Zeiten, Sonido Bestial sowie weitere Sendende.

Schreibt uns an fsk-kritik@nadir.org.
Mehr Texte zum Thema findet ihr im Internet unter http://fsk-kritik.tk.

PS:
Gerade haben wir erfahren, dass sich der Redakteur der Sendung Back To The Basics entschieden hat, das FSK zu verlassen. Grund ist das systematische Mobbing, das die AnbieterInnengemeinschaft über Monate gegen ihn betrieben hat - auch ein Weg, sich unbequemer Leute zu entledigen. In letzter Zeit haben zahllose andere Sendungen das FSK verlassen wegen der unhaltbaren, autoritären Verhältnisse und wegen des Klimas der Einschüchterung und Verdächtigung dort - leise, ohne ein Sendeverbot und vermutlich ohne dass es von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen worden wäre. Viele derer, die übrig bleiben, nutzen das FSK nur noch als Abspielstätte und meiden Begegnungen mit den politischen Strukturen und ihre TrägerInnen

http://www.reclaimthestreets-hh.tk

14. Juli - Global Action Day

gegen den G8 Gipfel und für das schöne Leben - Reclaim the Streets of Hamburg - show global solidarity

Wenn in diesem Jahr die Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten Industrienationen vom 15.- 17. Juli 2006 in St. Petersburg zusammenkommen, werden die Themen Energie, Bildung und Infektionskrankheiten auf der Agenda stehen. Den G8-Staaten geht es in erster Linie um die Renaissance der weltweiten Atom(waffen)wirtschaft und die Privatisierung der Energieunternehmen, so fordern sie allen Ernstes 17.000 Milliarden Dollar Investitionen innerhalb der nächsten 25 Jahre, die vorwiegend in den Ausbau der fossilen und atomaren Energiesysteme fließen sollen. Die überholte und zerstörerische Energiepolitik des 20. Jahrhunderts soll also fortgesetzt werden.

Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und der herrschenden Klasse - weltweit!

Die G8 Staaten forcieren weltweit die Privatisierung von Bildungseinrichtungen nach der kapitalistischen Verwertbarkeitslogik und machen damit Bildung zu einer Ware, die zunehmend nur einem privilegierten Teil der Gesellschaft zugänglichen sein wird.

Freie Bildung für alle!

Wenn sie sich über Gesundheit und Infektionskrankheiten unterhalten, heißt das nichts Anderes als Bevölkerungskontrolle und Patentschutz großer Pharmakonzerne. Im Mittelpunkt steht nicht die optimale Versorgung erkrankter Menschen mit Medikamenten sondern ihr eigenes wirtschaftliches Wohlergehen. Seit 2005 gilt auch für Schwellenländer ein verschärftes Patentrecht. Sie müssen jetzt die Vorschriften des Vertrages zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS) der WTO erfüllen. Dies bedeutet für Millionen von Menschen, die bisher durch billigere Nachahmerprodukte versorgt wurden, nun ohne Medikamente auskommen zu müssen. Damit wird bewußt der Tod von Menschen in Kauf genommen.

Freie Gesundheitsversorgung für alle! Weltweit und umsonst!

Die Macht der Eliten überschreitet jede Grenze, aber auch unsere Solidarität und unser Widerstand kennt keine Grenzen. Der 14. Juli als Global Action Day ist eine gute Möglichkeit als Teil einer weltweiten Bewegung durch entschlossenes Handeln eine neue Perspektive zu eröffnen. Lasst uns unseren FreundInnen in Russland zeigen dass sie nicht alleine sind.

together we are more powerfull than they can possibly imagine!

Lasst uns am 14. Juli in Hamburgs Straßen durch unseren bunten Protest unserer Vorstellung vom schönen Leben Ausdruck verleihen. Durch eine Reclaim the Streets Party durchbrechen wir die Normalität des öffentlichen Raumes. Formen wir Ihn uns nach unseren Bedürfnissen: schräg-laut-kreativ-phantasievoll-bunt-schrill-queer und einfach anders. Lasst uns gemeinsam an die vielen dagewesenen RTS-Partys anknüpfen, welche sich auch auf anderen Global Aktion Day's als geeignetes Mittel zum Ausdruck von kreativem Widerstand und Rückeroberung öffentlicher Räume bewährt haben.

It's time to party the streets - FREAK OUT!

P.S.: please,please, please come all - let us not alone



weitere Infos zu RTS etc. :

http://www.de.indymedia.org
http://www.gipfelsoli.org
http://www.all4all.org

Eine kurze Kritik der Anti-G8-Mobilisierung

wer jetzt einen weiteren artikel erwartet, der zu den anti-g8-protesten aufruft und darlegt, warum das treffen böse ist, wird im guten oder schlechten enttäuscht werden. denn während es scheint, als ob unsere gesamte umgebung genauso wie große teile der hamburger linken mit nichts anderem mehr beschäftigt sind, müssen wir uns fragen lassen, warum wir nicht ebenso enthusiastisch mitmobilisieren.

wir werden uns im weiteren nicht oder nur am rande mit den meist sehr platten positionen der klassischen globalisierungskritikerInnen (attac, linksruck, gewerkschaften etc.) beschäftigen, sondern mit gruppen, die eigentlich vertreterInnen einer radikalen kapitalismuskritik sind und deren positionen in anderen politikfeldern wir des öfteren teilen. deswegen ist es umso weniger verständlich, dass solche gruppen ebenfalls zu den g8-protesten aufrufen.

die g8 werden kritisiert als eines der wichtigsten symbole des global operierenden kapitalismus, der mächtigsten nationalstaaten und ihrer interessen. wenn jedoch der symbolcharakter dieses treffens bereits erkannt ist und eigentlich allen klar sein dürfte, dass dort keine entscheidungen getroffen werden, die nicht schon monate vorher auf dutzenden arbeitstreffen auf unterschiedlichsten ebenen ausgehandelt worden sind, wieso wird dann trotzdem weiterhin dieses symbol attack-iert? selbst wenn das treffen der g8 in heiligendamm, aus welchen gründen auch immer (riots, durchfall aller beteiligten, flut o.ä.), verhindert würde, mit großer sicherheit würde sich keine ihrer politischen entscheidungen ändern. aber selbst darin sind wir uns mit den meisten gruppen einig. denn auch diese sehen die proteste primär als mittel, eine vernetzung innerhalb der linken zu fördern und radikale kritik weiter zu entwickeln und in die öffentlichkeit zu tragen. mit der mobilisierung zu solch einem event wird jedoch die gängige fetischisierte vorstellung davon, was kapitalismus ist und wie er funktioniert, reproduziert. in der forderung "g8 abschaffen" scheint immer noch die vorstellung von der herrschaft einiger weniger durch.
dagegen sehen wir kapitalismus als eine form der gesellschaftlichen organisation, in der die beziehungen zwischen den menschen durch ware und wert organisiert und strukturiert werden, und zwar weit über die ökonomische sphäre hinaus in geschlechterverhältnisse, subjektbildung, wohnen und den-ken hinein. die aufrechterhaltung des kapitalismus wird nicht nur durch einzelne institutionen, organisationen und konzerne gewährleistet, sondern tagtäglich von uns allen vollzogen. dies geschieht umso sicherer, als es für einzelne unmöglich ist, aus der kapitalistischen vergesell-schaftung auszusteigen, da zur selbsterhaltung der verkauf der eigenen arbeitskraft zwingend notwendig ist.
auch wenn einzelne auseinander-setzungen und aktionen eine solche analyse durchaus ver-mitteln, bleibt doch der gesamt-eindruck eines zwangsläufig ver-kürzten g8-feindbildes. Auch differenzierte texte enden meist mit parolenhaften aufrufen, die der zuvor formulierten kritik nicht gerecht werden oder ihr sogar widersprechen.

die wirkliche herausforderung an radikales denken und handeln wäre, das eigene leben so zu organisieren, dass eine verweigerung grundlegender kapitalistischer reproduktionstätigkeiten nicht zu einer qualitativen verschlechterung der lebens-umstände führte, sondern stattdessen ein schöneres leben im hier und jetzt ermöglichte - und dadurch die bedingungen und möglichkeiten schüfe, für ein leben jenseits der zwänge des kapitalist-ischen alltags. leider wissen wir auch nicht, wie das genau aussehen soll, sind damit aber offensichtlich nicht alleine. denn gerade weil diese radikale forderung eines militanten alltags wie eine schier unmögliche aufgabe erscheint, fällt es vielen leichter, sich in ausweichstrategien zu flüchten. wenn gruppen sich 20 monate lang mit der organisation von g8-aktionen (oder nur mit der kritik an anti-g8lerInnen...) beschäftigen, lässt sich das vielleicht als solche bezeichnen.
bei den g8-protesten in heiligendamm ist es einfach, ziele für ein militantes vorgehen zu finden, da die vermeintlichen repräsentantInnen des globalen, kapitalistischen systems dort zu genüge anzutreffen sein werden. wir können den moment der befriedigung, der durch straßen-militanz entsteht, nachvollziehen, und sehen auch die daraus erwachsende möglichkeit zur infragestellung autori-tärer denkstrukturen, halten es jedoch dennoch für falsch, den eindruck zu erwecken, die über-windung der kapitalistischen gesell-schaft sei schon dadurch erreichbar.

da der reale angriff auf das treffen für die inhaltlich radikalen gruppen nicht im vordergrund steht, wird die vernetzung als eines der ziele angegeben. viele gruppen, die an den protesten beteiligt sind, sehen es jedoch nicht als ihr explizites anliegen, diese gesellschaft und ihre organisation von grund auf zu verändern. wohin soll eine vernetzung mit gruppen führen, die nur über punktuelle ziele, jedoch nicht aufgrund einer gemeinsamen basis zustande kommt? wenn eine inhaltliche und praktische zusammenarbeit nicht über den kleinsten gemeinsamen nenner ("g8 muss weg") hinausgehen kann, wird vernetzung an sich überflüssig. die erwünschte diversität wird gerade eben fragwürdig, wenn nicht nur g8 verhindert werden soll, sondern die aufhebung der kapitalistischen vergesell-schaftung angestrebt wird. spätestens dann ist die zusammenarbeit mit gruppen, die sich positiv auf staat, arbeit, göttInnen, nation etc. beziehen, hinfällig. die pgaeckpunkte, die immer wieder als gemeinsame basis herangezogen werden, sind wohl so offen gehalten, da sich die beteiligten gruppen bei einer präzisierung der begriffe heillos zerstreiten würden. selbst für kirchliche organisationen ist ein plätzchen freigehalten, indem nur religiöser fundamentalismus, nicht aber religion an sich abgelehnt wird. werden diese gruppen einbezogen, wird das ziel der radikalen gruppen, ihre inhalte in die öffentlichkeit zu tragen, durch die dominanz von kirchenmitgliedern, gewerkschaftler-Innen und attacis in den medien schwierig bis unmöglich. zudem dürfte den militanten kreisen klar sein, dass ihre bürgerlichen bündnispartnerInnen sich auf das spiel "böse demonstrantInnen - gute demonstrantInnen" nur zu gerne einlassen werden. die dilemmata von bündnispolitik sind vielen gruppen durchaus bewusst, werden aber in kauf genommen, um eine möglichst große zahl an menschen in heiligendamm zu versammeln. mobilisierung kann so zum selbstzweck werden.
das, was in vielen texten als widerstand gegen den kapitalismus bezeichnet wird, ist in den meisten fällen eher eine lautstarke unmutsäußerung gegenüber dem unzureichenden zustand der welt, also bloßer protest. als solcher ist er appellativ und fordert oder erbittet veränderungen, anstatt zu versuchen, sie direkt herbeizuführen. natürlich sehen wir, dass aufgrund der gegebenen umstände protest oft bitter notwendig ist, er sollte jedoch nicht mit widerstand verwechselt werden.
genauso wenig sollten die begriffe neoliberalismus und kapitalismus in einen topf geworfen werden. der kampf gegen neoliberalismus bezieht sich auf die erhaltung der in den letzten 150 jahren erreichten sozialen sicherungen. auch die immer weiter gehende unterwerfung neuer bereiche unter die logik der kapitalakkumulation (wie die privatisierung von wasser, gen-patente, etc.) wird als neoliberalismus bezeichnet.

es ist in vielen fällen gerechtfertigt und sogar lebensnotwendig sich neoliberalen veränderungen zu widersetzen. wenn es jedoch bei systemimmanenten auseinandersetzungen bleibt, ist es nicht möglich, eine revolutionäre perspektive zu entwickeln. bleiben diese forderungen auf den staat bezogen, werden autoritäre denkstrukturen sogar noch begünstigt.

dieser text zielt weder darauf ab, leute per se zu entmutigen nach heiligendamm zu fahren, noch sie zu diskreditieren. er soll jedoch auffordern, die eigenen moti-vationen und ziele in bezug auf g8 kritisch zu reflektieren. selbst teile des autorInnenkollektivs können es sich aus spaß am krawall vorstellen, zu den protesten zu fahren. dennoch stellt dies, wie hoffentlich deutlich wurde, für uns keine politische perspektive dar.
wie eine solche aussehen könnte, ist für uns leider noch völlig unklar. für krasse alltagsmilitante vorschläge haben wir aber immer ein offenes ohr.

sous la plage/antigravitationistische linke

1) unter militantem alltag verstehen wir organisierten, praktischen widerstand gegen gesellschaftliche reproduktionsmechanismen, der sich nicht auf eine diskursive ebene beschränkt.



Anonym surfen

Sicherheit, Datenschutz und anonymes Surfen werden immer wichtiger im Internet. Wir stellen zwei Programme vor, die euch unterstützen, so wenig Spuren wie möglich im Internet zu hinterlassen.

Verschleierung: das Projekt TOR

Ähnlich wie JAP setzt auch Tor - The Onion Router auf Verschleierung, um Internetnutzern weitgehende Anonymität beim Surfen im Netz zu ermöglichen. Zwei Haken hat TOR dabei: Das Projekt ist noch in der Entwicklungsphase und damit noch nicht ganz ausgereift; zudem ist die Installation für Laien ein wenig zeitaufwändiger.

Das Funktionsprinzip von TOR

TOR kann man sich wie eine Art Perlenkette vorstellen, durch die jede Anfrage Ihres PCs an einen Webserver oder eine Webseite geschleust wird. Die Verbindungen laufen also durch eine ganze Reihe Server, die an dem Netzwerk angeschlossen sind. Dabei werden die Daten bei jedem Sprung von einem Server zum nächsten neu verschlüsselt. Das bedeutet also, dass an jeder Station zwar die jeweilige Verschlüsselung ausgelesen werden könnte, die nächstfolgende und die davor aber eben nicht mehr. Je mehr Nutzer bereit sind, ihren Rechner als "Onion Server", also als eine der vielen Stationen in diesem Netzwerk, bereitzustellen, umso sicherer ist natürlich das ganze System. Den TOR-Entwicklern zufolge nehmen mittlerweile schon mehrere hunderttausend Nutzer am Netzwerk teil.

Wie sicher und anonym ist TOR?

Tor ermöglicht es Benutzern, ihren Aufenthaltsort zu verbergen, während sie verschiedene Dienste wie z.B. Veröffentlichungen im Web oder Instant-Messaging verwenden. Durch die Verwendung von Tor "Rendezvouspunkten" können andere Tor-Benutzer auf diese versteckten Dienste zugreifen, ohne dabei die Netzwerkidentität des Anderen zu kennen. Das Projekt TOR ist aber noch in der Entwicklungsphase. Wie effektiv man darüber im Internet surfen kann, hängt zudem von jeweiligen Nutzer selbst ab. Darauf weisen auch die Betreiber hin: "Tor kann nicht alle Anonymitätsprobleme lösen. Es konzentriert sich darauf, den Transport von Daten zu schützen. Du musst protokollspezifische Software verwenden, wenn du nicht möchtest, dass die von dir besuchten Seiten, Informationen über deine Identität erhalten. Beispielsweise kannst du einen Webproxy wie Privoxy verwenden, um Cookies und die Herausgabe von Informationen über Ihren Browsertyp zu blokkieren."

Was kostet TOR?

Nichts. Tor wird als freie Software unter der 3-clause-BSD-Lizenz verteilt. Allerdings bitten die Entwickler um Unterstützung, entweder durch Spenden, zumindest aber um die Bereitschaft der Nutzer, ihren PC als Onion server und damit als Bestandteil des Tor-Netzwerks bereit zu stellen.

Wie installiere ich TOR?

Tor kann mensch hier:
http://tor.eff.org/download.html.de herunterladen. Eine deutschsprachige Anleitung gibt es unter anderem bei gulli, weitere Informationen zu den Funktionen von TOR gibt es in der englischsprachigen TOR-FAQ.

Verschleierung: das Projekt jap

Absolute Anonymität im Internet ist nahezu unmöglich. Aber es gibt doch Möglichkeiten, die IP-Adresse des eigenen Rechners zumindest zu verschleiern. Das wohl bekannteste deutschsprachige Projekt für mehr Anonymität beim Surfen ist JAP der Technischen Universität Dresden in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein.
Die Anonymität wird bei JAP dadurch erreicht, dass sich die Computer der jeweiligen Nutzer nicht direkt mit den aufgerufenen Webservern verbinden, sondern verschlüsselt und über mehrere Zwischenstationen. Weil stets viele User gleichzeitig diesen Weg nutzen, wird die einzelne Verbindung unter denen aller anderer Nutzer versteckt - damit kann kein Außenstehender mehr nachvollziehen, welche Verbindung zu welchem Surfer gehört. Die Betreiber der einzelnen Zwischenstationen haben sich dabei verpflichtet, dass sie keinerlei Daten über die Benutzer speichern. Das Projekt befindet sich freilich nach wie vor in der Entwicklungsphase. Die absolute Anonymität ist also selbst hier nicht gegeben; gegen lokale Überwachung, etwa durch den Provider ist mensch allerdings geschützt.
Das Projekt JAP geriet im Spätsommer 2003 in die Schlagzeilen, als das Bundeskriminalamt den Dienst per Gerichtsbeschluss verpflichtete, alle Zugriffe auf eine einzelne IP-Adresse zu protokollieren. Diese Anordnung wurde wenig später von einem anderen Gericht aufgehoben, weil für die Aktion des Bundeskriminalamtes "keine Rechtsgrundlage bestehe". Inzwischen hat das Landgericht Frankfurt in der mittlerweile dritten gerichtlichen Auseinandersetzung erneut bestätigt, dass das BKA unrechtmäßig gehandelt hat (Az. 5/8 Qs 26/03).

Download von JAP:
http://anon.inf.tu-dresden.de/index.html

Rechenschaftsbericht 2005:

Im Hamburger Verfassungsschutzbericht 2005 findet sich folgende Chronologie militanter Aktionen des vergangenen Jahres:

" In Hamburg war 2005 ein Anstieg der linksextremistischen Straftaten im Sinne der PMK-Kriterien auf 32 gegenüber 23 im Jahr 2004 zu verzeichnen. Der Anteil der Gewalttaten hiervon stieg von 16 im Jahr 2004 auf 19 im Berichtsjahr. Die Schwerpunkte lagen in den Bereichen der militanten Proteste gegen den Umbau des ehemaligen Wasserturms im Schanzenpark und mehreren Auseinandersetzungen zwischen Rechts -und Linksextremisten, insbesondere im Zusammenhang mit einem von Rechtsextremisten veranstalteten Konzert im Stadtteil St. Pauli am 05.11.05. Hierbei handelte es sich zumeist um Vorwürfe der Körperverletzung zum Nachteil von Polizeibeamten, des Landfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Zu den Gewalttaten zählen auch Brandanschläge und Sachbeschädigungen, von denen folgende hervorzuheben sind:

04.03.05:
Brandanschlag auf ein Hotel in Lemsahl-Mellingstedt und drei Sachbeschädigungen an Objekten in Hamburg und Lübeck. Die Tätergruppen hinterließen unterschiedlich knappe Bekennungen, die sich gegen den Umbau des Wasserturms in ein Hotel wandten und das Senatskonzept der "Wachsenden Stadt" angriffen

07.04.05:
Sachbeschädigungen an Gebäuden der Bundesagentur für Arbeit und des Bezirksamtes Hamburg-Altona. In einer in der Autonomenschrift "Zeck" Nr. 126 vom Mai/Juni 2005 veröffentlichten Erklärung bekannten sich "autonome splitter hamburg" zu der Tat. Sie richte sich nicht nur gegen "orte, in denen die hartz IV reformen umgesetzt" würden, sondern grundsätzlich gegen "lohnarbeit als ausdruck von gesellschaftlichen herrschaftsverhältnissen".

26.04.05:
Brandanschlag auf eine Stromversorgungsstation der Baustelle "Wasserturm". In einer per E-Mail versandten Bekennung wurden weitere Aktionen gegen die Baustelle angekündigt

10.06.05:
Sachbeschädigung durch Flaschenwürfe auf das Privathaus des Leiters der Abteilung für Ausländerangelegenheiten des Hamburger Einwohner-Zentralamtes

29.06.05:
Brandanschlag auf einen Bagger, der von einer am Umbau des Wasserturms beteiligten Baufirma gemietet worden war. Eine "autonome gruppe" bezeichnete die Tat als Teil des Widerstandes gegen das Hotelprojekt

28.07.05:
Brandanschlag auf den Pkw des Vorstandsvorsitzenden der Norddeutschen Affinerie MARNETTE vor seinem Wohnhaus in Niedersachsen Bekennung und Tatausführung deuten auf eine Beteiligung militanter Linksextremisten aus Hamburg hin. In der Bekennung ist der Vorschlag enthalten, eine breite, auch militante Kampagne zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm durchzuführen.

08.12.05:
Brandanschlag auf den Pkw eines Tchibo-Vorstandsmitglieds im Stadtteil Harvestehude. Das Tatbekenntnis einer "AG Herz-Infarkt" begründet den Anschlag mit schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen südostasiatischer Arbeiterinnen und greift das Thema "Militante Kampagne gegen das G8-Treffen" auf

16.12.05:
Brandanschlag auf zwei Pkw der Werbeagentur JUNG VON MATT, ebenfalls in Harvestehude. In der Bekennung einer "Zelle`pack das pattex unter den tank´" zogen die Täter eine Verbindungslinie zwischen der Werbekampagne "Du bist Deutschland" und angeblich nationalistischen, internationalen Führungsansprüchen der Bundesrepublik."

CSD in Polen: Rene noch immer im Knast



Heute versammelten sich, zwischen 15 und 17.30 Uhr, etwa 120 Menschen vor der polnischen Botschaft in der Lassenstraße in Berlin-Grunewald um für die Freilassung des in Warschau inhaftierten René und gegen Homophobie zu demonstrieren.

Trotz der abgelegenen Lage und der recht ungünstigen Uhrzeit fanden doch einige Menschen den Weg zur polnische Botschaft. In Redebeiträgen und auf Schildern und Transparenten wurde die Freilassung von René gefordert, der seit der "Gleichberechtigungsparade" am 10.06. in Warschau, dort inhaftiert ist. Außerdem wurde die Geschichte der CSDs und die aktuelle Situation der Queer-Community in Osteuropa thematisiert. Auch die Situation in Deutschland wurde kritisch beleuchtet. Eine Vertreterin des transgenialen CSD, der Morgen ab 14 Uhr vom Frankfurter Tor in Berlin-Friedrichshain zum Heinrichplatz in Kreuzberg 36 ziehen wird, hielt genauso einen Redebeitrag, wie ein Aktivist, der unsere Forderungen nochmals auf polnisch formulierte. Des weiteren wurden Unterschriftenlisten verteilt, auf denen jede_r für die Freilassung von René eintreten kann. Dies könnt auch ihr auf der Internetseite www.queer-berlin.tk tun.

Einer der Redebeiträge:

Osteuropa und der Christopher Street Day

1969 kam es in der New Yorker Christopher Street zu tagelangen Straßenschlachten zwischen Homosexuellen und der Polizei. Seitdem feiern Lesben und Schwule mit Demonstrationen und Paraden den "Christopher Street Liberation Day", abgekürzt

CSD oder auch "Gay Pride". Die wohl größte dieser Paraden fand letztes Wochenende in Sao Paulo in Brasilien mit etwa 3 Millionen Teilnehmer_innen statt.
Doch nicht überall ist es relativ einfach zu diesem Zweck auf die Straße zu gehen.

Der Tiefpunkt: Belgrad 2001

Die osteuropäische Geschichte des Christopher Street Day ist gekennzeichnet von Verboten und Gewalt. Den Tiefpunkt stellt die Demonstration in Belgrad 2001 dar: nur einige Dutzend Homosexuelle standen plötzlich eintausend serbischen Nationalisten und Hooligans gegenüber. Vierzig Schwerverletzte waren die Folge - ein Schock, von dem sich die Queer-Community in Belgrad bis heute nicht erholt hat. Einen weiteren Versuch einer Demonstration hat dort bisher keine_r gewagt. Es steht schlecht um die Rechte so genannter sexueller Minderheiten in Osteuropa. Dem Ritual der Prügel für die wenigen, die sich öffentlich bekennen, sehen viele gleichgültig oder schadenfroh zu. Wenn es um die Rechte Homosexueller geht, dann gilt Demokratie als westlich importierte Diktatur der Mehrheit und eine Parade als Beleidigung der Religion.

Verletzte in Moskau

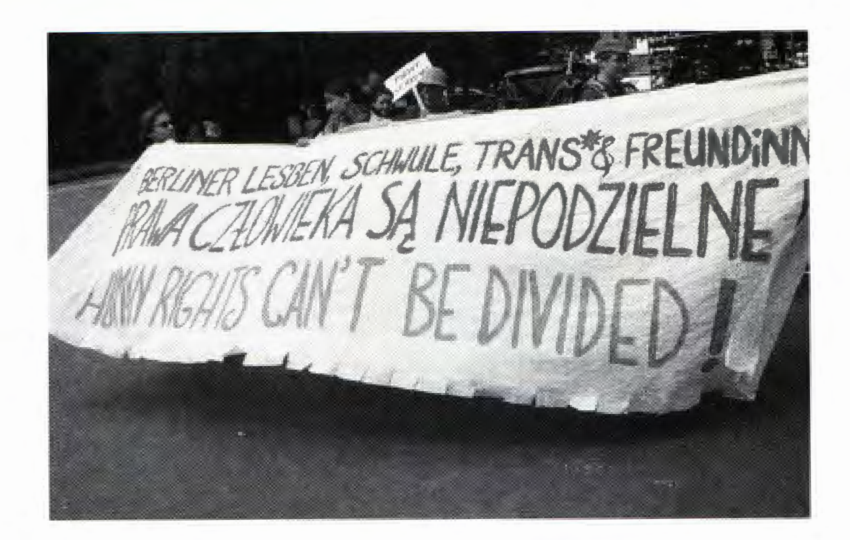
Erst vor zwei Wochen wurden einige hundert Lesben und Schwule in Moskau von einer Überzahl an Gegendemonstrant_innen behindert und attackiert, die Polizei sah zu, wie Demonstranten krankenhausreif geprügelt wurden. Verletzt wurde unter anderem auch der deutsche Grünen-Politiker Volker Beck, was für eine relativ große mediale und internationale Öffentlichkeit sorgte. Nachdem die Moskauer CSD-Parade nicht genehmigt worden war, hatten Aktivist_innen eine stehende Demonstration vor dem Rathaus angemeldet. Die Szenerie war dann folgende: "Da waren orthodoxe Gläubige, die mit Ikonen und Kreuzen auf die Lesben und Schwulen zugegangen sind, da waren bärtige Männer, Nationalisten und Skinheads und es waren Leute in Militär-Outfit. Eine wilde Mischung, die sich da versammelt und das Medieninteresse genutzt hat, um ihre homophoben Tiraden loszulassen. Eine Lesbe, die sich auch vor den Kameras und Mikrophonen artikulieren wollte, wurde sofort mit Bierdosen bespritzt und dann von der Polizei abgeführt."

Blutiges Ende in Bukarest

Der Gay Pride in der rumänischen Hauptstadt Bukarest fand am 09. Juni diesen Jahres ein gewaltsames Ende: rund tausend Gegendemonstranten - größtenteils Anhänger der Rumänisch orthodoxen Kirche - gingen gewaltsam gegen den friedlichen CSD vor. Zwar wurde die rund 500 Paradenteilnehmer_innen teilweise von der Polizei geschützt, doch die protestierenden Konservativen konnten nach Raufereien durchbrechen und auf die Teilnerhmer_innen der Parade einprügeln. Der CSD musste vorzeitig abgebrochen werden. Erst durch den Einsatz von Tränengas konnte die Polizei den gewaltbereiten Mob wieder zurückdrängen und einige der Angreifer festnehmen. Bei dem Vorfall wurden etwa zehn Leute verletzt. Der rumänische Bischof Ciprian Campineau hatte im Vorfeld angekündigt, dass er die Parade für "einen Verstoß gegen die Moral und einen Greuel gegen die Familien" halte. Unter den Schaulustigen, die die Straßen säumten und die Parade mit Eiern und Flaschen bewarfen, waren auch Nonnen und Priester zu finden. Eine Gegenveranstaltung der so genannten "Neuen Rechten" (Noua Dreapta) hatte nur wenige Stunden zuvor stattgefunden. Mehrere hundert Vertreter dieser nationalistisch-orthodoxen Organisation beschimpften Schwule und Lesben als "Schande für das rumänische Volk". Im letzten Jahr noch hatte die Stadt den ersten CSD in Bukarest untersagt, allerdings hatte dann der rumänische Präsident das Verbot wieder aufgehoben.

Botschafter flieht aus Estland

Der niederländische Botschafter in Estland gab ebenfalls Anfang Juni seinen Posten auf, weil sein Ehemann wiederholt in den Straßen der Hauptstadt Tallinn beschimpft und bedroht wurde. Hans Glaubitz wurde auf eigenen Wunsch in das niederländische Konsulat in Montréal versetzt, so ein Sprecher des Außenministeriums in Den Haag. Glaubitz' Partner, ein dunkelhäutiger Kubaner, war letztes Jahr von einer estnischen Wochenzeitung geoutet worden. In einer Reportage berichtet das niederländische "Handelsblatt", dass auch andere farbige Botschaftsangehörige bedroht wurden. Glaubitz sagte dem Blatt, dass die "estnische Gesellschaft zwei Männer nicht als Paar anerkennt, insbesondere wenn einer von ihnen schwarz ist".



Aber...

Aber es muß auch vor Verallgemeinerungen gewarnt werden:
nicht überall in Osteuropa regiert derart offene Homophobie. Es hängt mit der allgemeinpolitischen Entwicklung zusammen. In Budapest zum Beispiel gibt es seit mindestens neun Jahren eine CSD-Parade, die erfolgreich ist. In Laibach in Slowenien hat es vor zwanzig Jahren zum ersten Mal das Magnus-Festival gegeben, und die Parade läuft seit vielen Jahren ohne Probleme. Und angesichts relativierender Äußerungen von Unions-Politikern nach dem Überfall auf Beck in Moskau, muß auch hier im ach so zivilisierten Deutschland selbst auf höherer Ebene zumindest von Verständnis für die gewalttätigen CSD-Gegner_innen gesprochen werden.

Fitnesstest
Welche Sportart passt zu mir?

Einfach ankreuzen und anschließend Buchstaben zählen.

1. Auf der Demo kommen die Bullen auf dich zu gerannt, rennst du weg?
a Konfrontation? Ich bin dabei!
b Bei Demos bin ich immer der Schnellste und renne los, egal in welche Richtung
c Ich fange gar nicht erst an zu laufen, die Bullen sind eh immer schneller als ich
d Körperliche Betätigung lehne ich ab

2. Eine Bank soll mit Molotow-Cocktails gesmasht werden, welchen Part übernimmst du?
a Scheiben einschmeissen - kein Problem, werfen kann ich ziemlich gut
b Meistens werfe ich daneben, nehme daher lieber Farbeier
c Ich rühre die Cocktails an
d Ich bleib zuhause, mein Arm tut noch vom letzten Mal weh

3. Nachts die Schienen beim Castor zerstören, was kannst du?
a Ich kann gut mit Werkzeugen umgehen
b Mit meiner körperlichen Kraft kann ich die Aktion unterstützen
c Ich schaue, ob die Bullen kommen
d Ich habe vorher den genauen Einsatzplan erstellt

4. Der Aufruf für die Demo muss geschrieben werden ...
a Schreiben ist nicht so mein Ding
b Ich komme nicht zu dem Treffen
c Als Stichwortgeber bin ich ganz gut
d Theoretisch bin ich sattelfest, sag mir ein Thema ich schreib los

5. Autos anzünden, deine Aktion?
a Ich mach alles mit, hauptsache es knallt!
b Ich bin dabei, aber nur als Unterstützung
c Ich stell den Brandsatz zusammen
d Ist nicht so mein Ding

Typ a
Du kannst eigentlich jede Sportart mitmachen, schmeissen, laufen, Bullen verprügeln, du gehörst zu den Gewinnern, weiter so! Kleiner Tipp: ab und zu ein Buch lesen ...

Typ b
Obwohl du deine körperlichen Schwachstellen hast, bist du an vorderster Stelle mit dabei, unser Tipp: trainieren und öfter mal losgehen und Erfahrungen sammeln.

Typ c In Chemie ne Eins und auch sonst eine gute Unterstützung. Manchmal mehr Verantwortung übernehmen.

Typ d Körperliche Auseinandersetzungen sind nicht so dein Ding, aber du bist die treibende Kraft im Hintergrund. Allerdings kannst auch du nicht immer körperlichen Auseinandersetzungen aus dem Weg gehen: öfter mal nen Stein schmeissen!



Fortsetzung Seite 12:

Die durch Öl erwirtschaftete Rente, wird in Nigeria und Venezuela sehr unterschiedlich verteilt. In Nigeria gibt es blutige Auseinandersetzungen, da alle gesellschaftlichen Fraktionen darauf bedacht sind, einen möglichst hohen Anteil des Kuchens abzubekommen. Zumeist bekommen die Menschen, die in der Region leben, am wenigsten von diesem Reichtum ab.
In Venezuela findet zur Zeit eine Verteilung von oben nach unten stätt, z.B. in staatlichen Bildungsprogrammen, die an Selbstorganisierung geknüpft sind. Ein anderes Beispiel ist der Tausch von Öl gegen das Know-how von kubanischen Ärzten.
Eröffnet Erdöl Chancen? Die positive Antwort lässt sich vielleicht in Venezuela finden, aber bis dahin ist es ein langer Weg, der von Korruptionsgefahr und Machtinteressen unterbrochen werden kann.

Ausblick:

Der BUKO 29 war der Beginn, wir werden auch beim BUKO 30 dabei sein. Hier wollen wir diese Diskussion weiterverfolgen. Aber unser Schwerpunkt wird sich dann in erster Linie mit den G8-Staaten und ihrer Energiepolitik beschäftigen. Bereits dieses Jahr beim G8 in Russland wollen die großen Industrienationen Japan, USA, Kanada, Großbritannien, Italien, Frankreich, Russland und Deutschland einen ?Plan of Action? zu Energiesicherheit verabschieden, in dem sie den Weiterbetrieb von Atomanlagen für den ?Energiemix? festschreiben.

Es gibt viel zu tun! Wir suchen noch MitstreiterInnen!!
Kontakt: aabhh@nadir.org oder aap-berlin@squat.net

Aktion

02.06.2006

An mehreren Stellen, unter anderem in Burgstetten, Burgsteinfurt und Bad Bentheim schafften es mehere dutzend Menschen einen fast 500 Meter langer Zug mit radioaktivem Uran durch Gleisblockaden zu stoppen. Die Ladung, rund 1.000 Tonnen Uranhexafluorid, stammt aus der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau. Es soll in Rotterdam auf ein Schiff verladen und in die russische Atomfabrik Novouralsk bei Ekaterinburg gebracht werden. In Gronau, der einzigen deutschen Anlage dieser Art, wird Uran für die Nutzung in Atomkraftwerken angereichert. Das Uranhexafluorid, das mit den Zügen transportiert wird, ist ein gasförmiges Abfallprodukt dieser Anreicherung.
aus taz Nord

19.06.06

An der Urananreicherungsanlage in Gronau haben gestern rund 80 Atomkraftgegner protestiert. Darunter waren auch Demonstranten aus Russland und den Niederlanden. In der Nacht zum Sonntag war es drei Aktivisten gelungen, durch den äußeren Zaun auf das Werksgelände einzudringen. aus WDR - Die Webseite der Stadt Gronau (www.gronau.de) wurde gehackt und defaced. Auf der Seite ist nun zu lesen: "UAA stillegen! Keine Urananreicherung in Gronau oder anderswo! Urantransporte blokkieren, immer + übrall!" Damit beteiligen sich die HackerInnen an der Kampagne zur Stillegung der Urananreicherungsanalage in Gronau.
aus Indymedia

Rote Flora im Juli 2006



Donnerstag, 06.07.
Konzert: lilac (singer/songwriter [cz])
pavilon m≈ (posthardcore, postpunk [cz])
info: http://www.pinktankentertainment.com
Einlass: 20:00 Uhr

Freitag, 07.07.
Carribbean Reggae Night
Einlass: 23:00 Uhr

Freitag, 14.07.
Pimp Your Squat ::: Flora-Soli-Party

Das coolste haus in der schanze braucht noch mehr… von allem (plüschteppiche, gläserne aufzüge, kristalllüster & vor allem CASH EN MASSE) kein bock solidarisch zu sein? dann zieh dir das hier rein:

Mainfloor: KIM POSSIBLE (Elektro/u.site) EULE (TechHouse/u.site) MARTIN MORITZ (Acid House/My Private Tokio-Pudel) MAYMUN (PopTech) GROOVESIDE (Drum&Bass/Flashlight rec.-Basscontrollers) HEADSHOT (Drum&Bass/headShakaz - Basscontrollers) PROPERGANDA SOUNDZ (Hip-Hop) ANTIARTICH ANTITAINMENT und andere
Visual Effects by MAUPA



Mittwoch, 19.07.
Konzert:
amanda woodward
info: http://www.pinktankentertainment.com
Einlass: 21:00 Uhr

Sonntag, 23.07.
Konzert: Politpunk aus Bremen
Kobayashi
Lar gact ill
Einlass 21:00 Uhr

Regelmässige Termine
Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 19 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 19 Uhr